



**Wie könnte  
ein**

*(wirklich)*

**ökologisches  
Wirtschafts-  
system  
aussehen?**

Ein Text von der System Change Gruppe  
die Teil ist vom Klimastreik

Geschrieben von:

*Corentin Mottet  
Finn Küttel  
Grégoire Mottet  
Lilian Schibili  
Marion Meyers*

Mit der Hilfe von:

*Anna M.  
Anne-Laure Maire  
Annika Lutzke  
Caesar Anderegg  
Christelle Grosse  
Dario Sulser  
Keshia Waldmeier  
Kiril Bojiloff  
Lighea Ardia  
Lina Gisler  
Leonie Lalive  
Louise Humblet  
Marlene Andersson  
Myriam Grosse  
Noëlle Schenk  
Pauline de Kerckhove  
Robin Augsburg  
Stephanie Wyss  
Steven Tamburini  
Victor Cannilla*

Das Design ist von:

*Mathilde Schibler*



Internet Seite: <https://climatestrike.ch/fr/system-change>  
E-mail: [system-change@climatestrike.ch](mailto:system-change@climatestrike.ch)

## Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	3
<b>Kapitel 1: Wie die Wirtschaft (nicht) funktioniert</b> .....	<b>6</b>
<i>In was für einem Wirtschaftssystem leben wir?</i> .....	6
<i>Wieso muss die Wirtschaft immer weiterwachsen?</i> .....	7
<i>Wieso kann endloses Wachstum nicht nachhaltig sein?</i> .....	9
<i>Ist eine Entkoppelung möglich?</i> .....	10
<i>Wieso der Markt sich nicht selber regulieren wird</i> .....	12
<i>Wieso eine Regulierung des Marktes nicht genug ist</i> .....	13
<b>Kapitel 2 : Investieren in einer demokratischen Wirtschaft</b> .....	<b>16</b>
<i>Sind Genossenschaften eine Lösung?</i> .....	16
<i>Planwirtschaft als Lösung?</i> .....	18
<i>Dezentrale Planwirtschaft als Lösung?</i> .....	20
<i>Das Orientieren von Investitionen als Lösung?</i> .....	20
<i>Gemeinsamkeiten</i> .....	21
<i>Unterschiede (Demokratie innerhalb und außerhalb der Unternehmen)</i> .....	22
<i>Investitionen orientieren, um das Wirtschaftswachstum zu bremsen</i> .....	26
<i>Andere Unterschiede (Eigenfinanzierung und Ersparnisse)</i> .....	28
<i>Konkretes Beispiel</i> .....	29
<b>Kapitel 3: Arbeitsplätze und Wirtschaftsgarantie</b> .....	<b>31</b>
<i>Was ist eine Wirtschaftsgarantie?</i> .....	31
<i>Warum wir unbedingt eine Wirtschaftsgarantie brauchen</i> .....	31
<i>Gewährung einer wirtschaftlichen Absicherung</i> .....	32
<i>...durch gesicherte Arbeitsstellen (Jobgarantie)</i> .....	32
<i>...durch ein garantiertes Einkommen</i> .....	34
<i>...durch eine Abdeckung von Grundbedürfnissen und Grundrechten</i> .....	36
<i>...durch eine Kombination der verschiedenen Varianten</i> .....	36
<i>Konkretes Beispiel</i> .....	38
<i>Schlusswort</i> .....	39
<b>Bibliographie</b> .....	<b>41</b>

## Vorwort

«System change not climate change» : ein Aufruf für eine radikale Veränderung der Gesellschaft, die uns in diese Situation gebracht hat.

Dieses Dokument versucht niemanden von der Dringlichkeit der Klimakrise zu überzeugen. Der Klimastreik und viele andere Gruppen haben diese Arbeit für einige Zeit nun getan. Trotzdem, auch wenn die 1.5-Grad-Grenze wahrscheinlich schon 2028 (überschritten sein wird, sofern kein radikaler Wandel geschieht, wird von den zentralen Institutionen der Schweiz sehr wenig vorgeschlagen, was dieser Dringlichkeit gerecht wird.

Aufgrund dieser Erkenntnis hat sich im September 2020 die Gruppe “System change” innerhalb des Klimastreiks gebildet. Ihr Ziel war es, Antworten zu den folgenden Fragen zu finden: Brauchen wir wirklich einen Systemwandel und wie könnte dieser aussehen? Durch Recherche und regelmäßige Treffen haben wir versucht so viel Informationen wie möglich zu sammeln um Gemeinsamkeiten zwischen Autor:innen, Ökonom:innen und Wissenschaftler:innen, welche über dieses Thema sprechen, zu finden.

Dieses Dokument ist daher ein Versuch die Resultate dieser Recherche zu teilen und ein, unserer Meinung nach, fehlendes Puzzleteil in der aktuellen Diskussion über die Klimakrise zu liefern: ein **alternatives Wirtschaftssystem**. In diesem Dokument erklären wir möglichst detailliert wieso wir denken, dass ein Systemwandel notwendig ist und wieso ein reines “Regulieren” des jetzigen Systems nicht ausreichen wird um die Klimakrise in den Griff zu bekommen. (was bedeutet, dass es uns nicht gelingen würde die Emissionen und andere Umweltprobleme zu reduzieren, um das Überschreiten des 1.5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu verhindern).

Allerdings werden wir einer radikalen Transformation des aktuellen Wirtschaftssystems nicht näher kommen, wenn wir nicht in der Lage sind uns eine Alternative vorzustellen. Daher soll diese Arbeit nicht einfach als Kritik des jetzigen Systems, welches uns in diese Krise gebracht hat, gesehen werden, sondern vielmehr als Beitrag zur Diskussion über Lösungen, wie das System zu überwinden ist. Dieses Dokument soll also eine Inspiration für eine realistische, ökologische und wünschenswerte Zukunft sein.

Das Dokument ist wie folgt strukturiert:

**In Kapitel 1** versuchen wir zu verstehen **wieso das aktuelle Wirtschaftssystem ewiges Wirtschaftswachstum voraussetzt** und **wieso dies nicht nachhaltig ist**. Wir werden die zentralen Mechanismen besprechen, welche Wirtschaftswachstum antreiben. Eine zentrale Rolle spielen dabei Aktionär:innen und Banken die Druck auf die Unternehmen ausüben um mehr Profit zu erzielen, was dazu führt, dass das System jedes Jahr wächst und mehr und mehr Ressourcen und/oder Energie verbraucht. Dann schauen wir an, ob wir diesen Mechanismus fortführen und gleichzeitig Emissionen reduzieren können. Zuletzt werden wir auch noch einige gegenwärtige Ideen anschauen, welche das Problem lösen wollen, indem Märkte reguliert werden oder auf das ökologische Bewusstsein von Anleger:innen gesetzt

wird, und wir werden diskutieren, wieso diese nicht verlässlich scheinen. (Wer bereits mit dieser Kritik von "Grünem Wachstum" vertraut ist, kann natürlich direkt zu den vorgeschlagenen Alternativen in Kapitel 2 und 3 springen.)

**Kapitel 2** geht darum, verschiedenen Lösungen aufzuzeigen, welche uns erlauben würden privates Kapital als Basis für Investitionen zu ersetzen. Diese Lösungen reichen von der Gründung von Kooperativen bis zu einer "zentralisierter oder dezentralisierter Planwirtschaft" um über Kapitalallokation zu entscheiden. Wir werden einige Nachteile dieser Alternativen besprechen und eine andere Lösung diskutieren, welche wir "**die demokratische Orientierung der Investitionen**" nennen. Diese Modelle erlauben uns Investitionen durch demokratische Mechanismen zu steuern und Wirtschaftswachstum zu kontrollieren, und gleichzeitig genügend Freiraum für individuelle Initiativen zu gewähren.

**In Kapitel 3** kommentieren wir andere wichtige Punkte, welche wir zu beachten haben, wenn wir über einen Wandel nachdenken. Wenn eines der Modelle aus Kapitel 2 eingeführt werden sollte, würde das natürlich eine drastische Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen und Arbeitskraft zur Folge heißen. Um sicherzustellen, dass dieser Wandel in einem finanziell sicheren Rahmen passiert, vervollständigen viele Autor:innen ihre alternativen Modelle mit einer "wirtschaftlichen Absicherung", welche den Menschen ihren Lebensunterhalt gewährleistet. Wir werden verschiedene Optionen beschreiben, welche in der Schweiz eingeführt werden könnten: Ein **Recht auf bezahlte Arbeit**, ein **garantiertes Einkommen** und eine **Abdeckung der universellen Grundbedürfnisse**.

Die zwei zentralen Lösungen in diesem Dokument (demokratische Investitionen über und eine wirtschaftliche Absicherung) können nur gemeinsam funktionieren um unsere aktuelle Wirtschaft in eine umweltfreundliche Wirtschaft zu verwandeln.

Wir sollten erwähnen, dass offensichtlich viele andere gute Vorschläge gibt, wie die Gesellschaft, die Politik oder die Wirtschaft radikal verändert werden könnte und wir wollen uns nicht diesen Ideen entgegenstellen. Bisher scheinen uns aber die vorgeschlagenen Modelle aus diesem Dokument am realistischsten, demokratischsten und umweltfreundlichsten. Diese drei Kriterien waren für unsere Entscheidung also am relevantesten.

Zusätzlich wollen wir erwähnen, dass unsere Arbeit nicht abgeschlossen ist. Wir sprechen nur von zwei Veränderungen (demokratisches Investieren und wirtschaftliche Absicherung) welche geschehen müssen, wenn wir die schlimmsten Konsequenzen der Klimakrise verhindern wollen. Es gibt jedoch viele andere Veränderungen und Massnahmen, welche auch fortgesetzt oder eingeführt werden müssen und zwar in einer Reihe von verschiedenen Sektoren. Wir erwähnen diese Themen hier gar nicht, da wir uns nur auf private Investitionsentscheidungen konzentriert haben, weil diese andere ökologische Bemühungen behindern, wenn wir uns nicht um sie kümmern. Trotzdem gibt es immer noch viele wichtige Dinge, welche direkt mit den vorgeschlagenen Alternativen zusammenhängen (z.B. internationale Effekte eines solchen Systemwandels, wie die Rolle der Schweiz in Bezug auf ihre Verantwortung dem globalen Süden gegenüber verbessert werden kann, welche Verantwortung der Staat trägt, bezüglich des Wirtschaftswachstums, usw.), welche wir hier nicht behandeln.

Zudem wollen wir erwähnen, dass wir zu einem grossen Teil weisse, französischsprachige Universitätsstudent:innen sind. Dies führt bestimmt zu gewissen Einseitigkeiten in unserer Arbeit und der Wahl der Autor:innen, welche wir zitieren (trotz Anstrengungen haben wir leider nicht viele Ökonom:innen gefunden, welche über die Demokratisierung von einer Post-Wachstums-Ökonomie sprechen und nicht weisse Männer sind). Wir hoffen dass wir unsere Gruppe bald vergrößern können und diversifizieren, sondern auch unseren Ansatz und die Themen, welche wir in Zukunft angehen zu erweitern.

# Kapitel 1: Wie die Wirtschaft (nicht) funktioniert

## In was für einem Wirtschaftssystem leben wir?

Um eine Alternative zu unserem jetzigen Wirtschaftssystem zu finden, müssen wir verstehen, welches die **Hauptmechanismen sind, welche die Überbeanspruchung und Zerstörung unseres Planeten verursachen**. Grundsätzlich kann gesagt werden, das Problem liegt darin, dass das jetzige Wirtschaftssystem Wachstum stetig vorantreibt weil systematisch nach einer Maximierung von Profit gestrebt wird. Dieser Mechanismus werden wir in diesem Kapitel genauer anschauen.

Wir können die Wirtschaft in drei verschiedene Märkte, in denen drei verschiedene Arten von "Gütern" gehandelt werden aufteilen: Der Markt der Güter und Dienstleistungen, der Arbeitsmarkt und den Kapitalmarkt. In diesem Abschnitt, welcher dem Wachstumsimperativ unserer Wirtschaft gewidmet ist, konzentrieren wir uns auf den Kapitalmarkt, seine Aufgabe und wie er uns vom Wachstum abhängig macht. Die drei genannten Markttypen hängen natürlich alle miteinander zusammen. Wir haben sie hier unterschieden, um besser zu zeigen, wo der Fokus liegen wird.

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem basiert auf **Privatbesitz von Firmen und Unternehmen**. Die privaten Unternehmen und Investitionen repräsentieren nicht die ganze Wirtschaft, jedoch haben sie einen bedeutenden Einfluss darauf, weil sie einen grossen Teil des investierten Geldes zur Verfügung stellen (Es gibt daneben natürlich auch noch staatliche Investitionen für Forschung, Infrastruktur usw.). Für ein gutes Funktionieren der Wirtschaft ist das Investieren wichtig, um Produktionsengpässe, Arbeitslosigkeit oder Schlimmeres zu vermeiden. Abgesehen vom öffentlichen Sektor ist unsere Wirtschaft grösstenteils auf Privatkapital ausgerichtet, was bedeutet, dass es vor allem Privatakteure sind, (und nicht öffentliche oder gewählte Leute) die entscheiden, wohin das Kapital, das sich in ihrem Besitz befindet, verteilt wird. Aus diesem Grund wird unser Wirtschaftssystem "Kapitalismus" genannt. Im Grunde ist Kapital Geld (aber auch Immobilien oder Maschinen), das zum Zweck verwendet wird, mehr Geld zu generieren. Wenn Kapital angelegt wird, werden Investitionen gemacht, was die wirtschaftliche Aktivität antreibt.

In unserer Wirtschaft gehören die kleinen Unternehmen der Personen, die das Anfangskapital (das Eigenkapital) gebracht haben, oder, im Falle von grösseren Unternehmen, den Aktieninhaber:innen, die sich entschieden haben, in diese Firma zu investieren. Wenn Unternehmen Kapital brauchen, können sie dieses auf dem Kapitalmarkt erlangen, wo Kapital mit Eigentümerrechten (Aktien) ausgetauscht werden.

Das Ziel der System Change Gruppe ist es, zu zeigen, dass es in der Wirtschaft eine Notwendigkeit gibt, stetig zu wachsen, und dass einer der Kerngründe hierfür beim Privatbesitz von Unternehmen liegt. Die privaten Akteure, welche ein lukratives Geschäft abschließen wollen, finanzieren Firmen und haben dadurch ein Mitspracherecht in deren

Entscheidungen. Dies ist der Hauptgrund, weshalb jede Firma, und insofern die ganze Wirtschaft, nach mehr Produktion, mehr Profit und Wachstum strebt.

Um dies genauer zu erklären, werden wir uns nun die zwei wichtigsten Wege anschauen, wie sich Firmen im Kapitalismus finanzieren können: Indem sie Aktien verkaufen oder Kredite aufnehmen. Wir werden auch erklären, weshalb diese beiden Wege ein konstantes Wachstum antreiben.

## Wieso muss die Wirtschaft immer weiterwachsen?

Es gibt vielfache Gründe für Wirtschaftswachstum. In diesem Abschnitt werden wir die Mechanismen der Privatinvestitionen als Wachstumsantrieb näher ausführen. Trotzdem sind wir uns bewusst, dass der Privatsektor nicht der einzige Grund für unsere Abhängigkeit von Wachstum ist. Auch der Staat spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung des Wirtschaftswachstums. (Richters und Siemoneit, 2019).

Hier jedoch werden wir uns darauf fokussieren zu erklären, wie private Investitionen zu Wachstumsdruck führen. Wie also funktioniert das?

In unserem derzeitigen System gibt es zwei Hauptmöglichkeiten, wie sich ein Unternehmen finanzieren kann:

- Mit dem Verkauf von Anteilen (oder Eigentumsrechten/Aktien) des Unternehmens für Geld. Dieses Geld wird von Aktionär:innen in die Firma investiert, und als Gegenleistung muss das Unternehmen den Aktionär:innen Dividenden zahlen. Dividenden sind Anteile am Profit eines Unternehmens, die regelmäßig an die Investoren ausgezahlt werden.
- Der zweite Weg ist die Aufnahme von mittel- oder langfristigen Krediten, die von Banken ausgezahlt werden, Unternehmen müssen Zinsen bis zur Rückgabefrist an die Banken zahlen. Die Zinsen sind ein bestimmter Geldbetrag, den der Schuldner an die Bank, den Gläubiger, zusätzlich zu dem geliehenen Betrag, zu zahlen hat.

Im ersten Fall wird der Investor zu einem Eigentümer des Unternehmens mit Entscheidungsrecht. Das bedeutet, die Investoren haben, abhängig von ihren Aktien in der Firma, ein Wahlrecht, mit dem sie die Geschäftsleitung des Unternehmens wählen können. Der Betrieb gehört den Aktionären und ein Teil des Profits wird diesen mit Dividenden direkt gezahlt.

Als Investor hat man das Ziel, aus dem investierten Geld mehr Geld zu machen. Deshalb investieren Aktionäre in die Firmen, die ihnen kurzfristig die größte Rendite bringen. Im Moment sind viele der Firmen die am meisten Gewinn einbringen direkt oder indirekt an fossile Brennstoffe geknüpft. Zusätzlich streben viele Investoren das Wachstum der Firma an, weil mit Wachstum größere Gewinne erzielt werden können, was auch mehr Dividenden bedeutet. Sie benutzen ihr Entscheidungsrecht, um dies zu erzielen. Wenn sie mit den zukünftigen Dividenden nicht zufrieden sind, verkaufen sie ihre Anteile. Dieser Prozess ist meistens sehr anonym und wird durch Institutionen abgehandelt (Vermögensverwalter, private

Investmentfonds, usw.)  
Dividenden werden im Allgemeinen mit dem Argument gerechtfertigt, dass Investoren ein Risiko eingehen beim Investieren und das Unternehmen jederzeit scheitern könnte. Im Gegensatz zu Banken haben Investoren keine Garantie ihr Geld zurückzubekommen, im Falle, dass das Unternehmen konkurs gehen würde, weshalb sie Dividenden bekommen, solange das Unternehmen gut läuft.

Der zweite Weg der Finanzierung für Firmen ist wie gesagt, , wenn Banken den Firmen ein Darlehen geben. Im Gegensatz zu den Aktionär:innen sind Banken nicht berechtigt, Entscheidungen im Unternehmen, das sie finanzieren, zu treffen. In der Regel erwarten die Bank nur, dass sie das geliehene Geld plus Zinsen zurückbekommt. Aber um die Darlehen und die Zinsen zurückzuzahlen, muss die Firma wachsen, um den Gewinn zu erhöhen, damit sie mehr Geld hat als bevor sie das Darlehen bekommen hat. Im heutigen System muss also ein Darlehen von 100 Euro einen grösseren Wert generieren, zum Beispiel 105 Euro, so dass 5 Euro als positive Zinsen zurückgezahlt werden können. Banken geben nur denjenigen Personen oder Unternehmen einen Kredit, von denen sie denken, dass sie mehr Geld zurückzahlen können, als sie erhalten haben. Wir werden später sehen, dass dieser Mechanismus genutzt werden kann, um bestimmte Arten von Unternehmen anderen vorzuziehen, indem man ihnen zum Beispiel Kredite mit Negativ-Zinsen gibt. (Wie Geldschöpfung funktioniert und wie sie mit dem Gebot nach Wirtschaftswachstum verbunden ist, wird in der Fussnote erklärt <sup>1</sup>.)

Die Konkurrenz ist neben dem Druck von Aktionären/Eigentümern, die eine Rendite für ihr Geld wollen, ist ein weiterer entscheidender Aspekt, der Unternehmen zum Wachstum zwingt. Der Wettbewerb zwischen Ländern oder Wirtschaftszonen ist ein zusätzlicher Druck für Unternehmen, wachsen zu müssen. Durch den internationalen Kapitalismus, in dem wir leben,

---

<sup>1</sup> Um zu verstehen welche Rolle Kredite für das Wirtschaftswachstum spielen, müssen wir auf die Grundlagen zurückkommen: Wenn eine Privatbank einen Kredit vergibt, schafft sie tatsächlich neues Geld aus dem Nichts (Losmann, 2020; Les économistes atterrés, 2018). Dieses Geld gab es vorher nicht. Jedes zusätzliche Geld, das geschaffen wird, ist eine Form von Schulden die Personen gegenüber der Bank, die ihnen das Geld geliehen hat, haben. Wenn die Schulden an die Bank zurückgezahlt werden, wird das Geld "vernichtet" (wir sprechen hier von elektronischem Geld und nicht von Papiergeld, das nur etwa 10 % des gesamten Geldes in unserer Wirtschaft ausmacht). Mit diesem Wissen können wir also behaupten, dass Wirtschaftswachstum nur möglich ist, wenn Unternehmen, Menschen oder der Staat mehr Schulden aufnehmen (denn mehr Schulden bedeuten mehr Geld in der Wirtschaft). Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass, auch wenn ständig Kredite vergeben werden müssen, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, das Gegenteil nicht unbedingt der Fall sein muss; Es gibt Modelle die zeigen, dass wir eine nicht wachsende Wirtschaft haben können, in der Kredite mit positiven Zinsen vergeben werden. (Jackson, Victor, 2012; Richters, Siemoneit, 2016; Schrunz, Bratkowski, Schindler, 2015) Die aktuelle Forschung zum Wachstumsimperativ zeigt ein komplexes Bild auf, wo das Zusammenspiel verschiedener verschiedener Faktoren schlussendlich zum Wachstumsimperativ führen. (Richters, Siemoneit, 2019). Die wichtige Rolle die Aktionäre dabei spielen ist jedoch nach wie vor unbestritten.  
Eine weitere mögliche Folge der Geldvermehrung in der Wirtschaft, die über das Wirtschaftswachstum hinausgeht, ist die Inflation (der allgemeine Anstieg der Preise). Kredite, die die Geldmenge in der Wirtschaft erhöhen, tragen also auch zu diesem Phänomen bei. Durch die Inflation wird der Geldbetrag, den die Menschen derzeit besitzen, entwertet, was bedeutet, dass sie aufgrund der höheren Preise an Kaufkraft verlieren. Dies motiviert vor allem reiche Menschen mit großem Vermögen, ihre Ersparnisse zu investieren, anstatt sie unangetastet auf einem Konto liegen zu lassen, auf dem das Geld mit der Zeit an Realwert verliert. Aus diesem Grund versucht die Zentralbank, jedes Jahr eine Inflation von etwa 2 % anzustreben, um Investitionen zu fördern.

sind die Unternehmen einem enormen Wettbewerb ausgesetzt und laufen immer Gefahr, von einem internationalen Monopolunternehmen aufgekauft zu werden.

Diese Variablen zusammen zwingen die Unternehmen im Allgemeinen dazu, sich zu vergrößern und mehr Energie und Ressourcen zu verbrauchen, was externe Effekte erzeugt. Externe Effekte sind Folgen einer wirtschaftlichen Aktivität, die nicht im Preis berücksichtigt werden. Die Umweltverschmutzung ist ein Paradebeispiel, da die Unternehmen in der Regel versuchen, nicht dafür bezahlen zu müssen, um ihre Kosten zu senken. Der Druck, dem die Unternehmen ausgesetzt sind, zwingt sie dazu, Waren aus kurzlebigen Materialien zu produzieren, und die Abfall Kultur, die schnellen Trends und die programmierte Obsoleszenz zu unterstützen.

Um unsere Argumentation wieder aufzunehmen: Die derzeitige Finanzstruktur führt zu einer sehr profitorientierten Geldanlage, weil, wie wir gerade gesagt haben, Investitionen meist mit dem Ziel getätigt werden, mehr Geld zu gewinnen als was zu Beginn investiert wurde. Es gibt auch noch andere Kriterien für Investitionen, aber diese werden immer hinter dem Kriterium der Rentabilität zurückstehen, denn das prägt vorwiegend die privaten Investitions Entscheidungen.

**Wir müssen daher erkennen, dass das Management von Unternehmen und die Art und Weise, wie wir in Unternehmen investieren, für den Erhalt unseres Planeten von zentraler Bedeutung sind.**

Im nächsten Abschnitt werden wir nun versuchen, die Verbindung zwischen Wachstum und Umweltzerstörung zu erläutern.

## Wieso kann endloses Wachstum nicht nachhaltig sein?

In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie ein bestimmter Diskurs immer dominanter wird: Ein Versprechen für einen *grünen* Kapitalismus. Im vorherigen Teil haben wir versucht aufzuzeigen wieso Wachstum notwendig ist für unser aktuelles ökonomische System. Die naheliegende Lösung für die Klimakrise wäre, einer kapitalistischen Logik folgend, also *grünes* Wachstum.

Grünes Wachstum ist die Idee, dass wir ein steigendes BIP (eine wachsende Wirtschaft) haben können, welches aber von der Verursachung von Umweltschäden, Emissionen und anderen wichtigen ökologischen Ziele wie das 1.5°C Ziel zu erreichen, entkoppelt ist. Das sei vor allem dank technologischer Innovation und Substitution (den Kauf des einen (schädlichen) Produktes durch ein weniger schädliches Produkt ersetzen) möglich, was durch staatliche Mechanismen wie Steuern, Subventionen und Regulationen gefördert werden könne.

## Ist eine Entkoppelung möglich?

Von mancher Seite wird wie bereits erwähnt argumentiert, dass mit steigendem Wohlstand das BIP von der Verursachung von Umweltschäden entkoppelt werden kann. Es gibt dazu auch Daten (European environment agency, 2009), welche zeigen, dass in einigen Fällen schon das BIP gestiegen ist, während die Emissionen sanken. Jedoch werden diese Schlüsse jedoch von vielen Autor:innen und Unterstützer:innen der Postwachstums-Bewegung angefochten. Vor allem aber auch vom European Environmental Bureau (2019). Hier gehen wir auch wir acht Faktoren ein, welche eine Entkoppelung höchst unwahrscheinlich machen (Parrique, 2019 ; William F. Lamb et al., 2022):

- *Kosten Verschiebung:* Einige Reduktionen von Umweltschäden, welche in häufig zitierten Recherchen zu finden sind, wurden durch die Verlagerung von emissionsintensiven Industrien erreicht. Ein Ort (z.B. Schweiz) kann ihre Emissionen auf dem Papier verringern, während diese durch höhere Emissionen an einem anderen Ort (z.B. China) kompensiert werden. Auf globaler Ebene haben sich die Emissionen nicht verringert. Sie wurden nur von einem Ort zum anderen verschoben, während der Konsum dieser Güter noch am gleichen Ort geschieht wie zuvor - nur jetzt werden die Güter importiert statt im Land produziert.
- *Recycling hat kein unlimitiertes Potenzial:* Recycling, und damit auch die Kreislaufwirtschaft, wird oft als die grosse Lösung angepriesen. Jedoch braucht auch Recycling einen bedeutenden Energie-Input. Zudem degradieren alle Materialien im Recyclingprozess, was bedeutet, dass sie nicht unendlich recyclebar sind. Dazu kommt, dass viele Materialien erst gar nicht recycelt werden können
- *Das Problem der Technologie:* Die Idee eines technologischen Wandels, welcher all unsere Probleme löst, ist sehr prominent. Manchmal wird explizit darüber gesprochen, aber häufig ist das Technologie-Narrativ implizit. Allerdings fokussieren sich technologische Veränderungen in Produkten und den Produktionsmitteln hauptsächlich auf (kurzfristige) Profite. Viel Energie und Geld fließt in neue Märkte, neue Produkte und neue Features oder in arbeits- oder Kapital-einsparende Innovationen, und nur wenig in das Reduzieren von Ressourcen und Energie. Nur ein kleiner Fokus liegt wirklich auf der Minimierung der Umweltschäden von existierenden Produkten. Meistens ersetzen "grünere" Produkte nicht bereits bestehende Artikel, sondern werden einfach zusätzlich konsumiert. Dies führt dazu, dass es keine Reduktion der "umweltschädlichen" Produkte gibt sondern nur eine Steigerung der konsumierten Menge an Waren. Das gleiche gilt für grüne Energie. Mehr erneuerbare Energie zu produzieren, heisst momentan nicht fossile Energien zu reduzieren. Daher steigt der Schaden auf die Umwelt immer noch mit diesen "grünere" Produkten und "grüner" Energie.
- *Die Illusion, dass der Dienstleistungssektor den Energie- und Ressourcen abhängigen Sektor ersetzen kann:* Ein gängiger Gedanke ist auch, dass wir unsere Wirtschaft weiterwachsen können, indem nur der Dienstleistungssektor wächst

ohne zusätzlichen materiellen Input. Doch erstens kann nicht alles Materielle durch Dienstleistungen ersetzt werden (Essen, Unterkunft, Möbel, Mobilität etc.). Zweitens haben auch Dienstleistungen einen nicht vernachlässigbaren Einfluss (benötigte Infrastruktur, Reisen/Tourismus usw.) und werden immer verknüpft mit der materiellen Wirtschaft sein und sich ihr nur aufsummieren (Jancovici, 2014).

- *Probleme verlagern*: Wir stehen vielen verschiedenen ökologischen Problemen gegenüber (Planetare Grenzen, Luftverschmutzung, Plastikverschmutzung, usw.). Verbesserungen in einem Bereich haben oft negative Einflüsse auf andere Bereiche. Zum Beispiel reduzieren erneuerbare Energien die CO<sub>2</sub>-Emissionen, sie brauchen aber viel Platz und seltene Metalle um zu funktionieren. Grüne Alternativen haben also auch Externe Effekte und perverse Effekte (z.B. verursachen Bio-Treibstoffe Nahrungsmittel-Knappheit; andere Materialien für Windturbinen sind energieeffizienter aber weniger gut recycelbar etc.). Das Problem mit seltenen und daher begrenzten Ressourcen (Rohstoffe wie Silizium, Indium, Selenium), welche notwendig sind für die Herstellung von "erneuerbaren" Energien, ist dass sie eines Tages ausgehen werden, schlecht bis gar nicht recycelbar sind, und wir also auch irgendwann an ein ökologisches Limit mit "grüne" Energie stossen werden (Pitron, 2018).
- *Politische und individuelle "Rebound Effects" von "grüner" Technologie*: "Rebound Effekte" sind ungewollte Konsequenzen, welche mit energieeffizienter Innovation einherkommen. Ein Beispiel sind Elektrischen Autos, welche auf das Auto zentrierte Räumlichkeiten (Strassen-Infrastruktur, Stadtplanung, usw.) verfestigen anstatt den öffentlichen Verkehr zu stärken. Zudem haben Nutzer:innen eine tiefere moralische Schwelle zu überwinden, wenn es darum geht, das "ökologischere" Auto zu benutzen, was schlussendlich in mehr Fahrten resultiert. Als Konsequenz werden durch die höhere Benutzung keine Energie oder Ressourcen gespart durch den Kauf dieses "ökologischen" Gutes.
- *Schwindende Energierückgewinnung*: Je mehr von einer Ressource wir extrahieren, desto mehr Energie braucht es, um eine weitere Einheit dieser Ressource zu extrahieren. Da wir die Ressourcen, welche am besten zugänglich sind zuerst herausholen wird der Energieaufwand immer grösser, je mehr wir extrahieren. Fracking ist ein gutes Beispiel dieses Phänomens: Es braucht immer mehr Öl um ein Liter neues Petroleum zu extrahieren. Weil die Preise aber stiegen, ist es ökonomisch immer noch rentabel weiter zu bohren (Bourg and Salerno, 2015).
- *Energiewende*: Es ist wichtig zu realisieren, dass die Energiewende selbst viel Energie braucht. Um alle erneuerbaren Alternativen wie Solaranlagen zu bauen müssen wir dies mit dem aktuellen Energie-Mix tun, welcher noch auf 84% fossilen Energien basiert ist (BP, 2019). Der Aufbau einer komplett neuen "erneuerbaren" Energie Infrastruktur, die nötig wäre, um unseren aktuellen und immer steigenden Energiebedarf zu decken, würde für die Energiewende schon einen grossen Teil des CO<sub>2</sub>-Budgets aufbrauchen, welches noch übrig ist, für die Erreichung das 1,5-Grad-Ziels (Tanuro, 2020).

Diese Gründe machen es höchst unwahrscheinlich, dass grünes Wachstum möglich ist und daher auch äusserst verantwortungslos, wenn wir für jede politische Entscheidung darauf vertrauen würden. Trotzdem tun Staaten aktuell so, als ob diese Hindernisse nicht bestehen würden und vertrauen auf eine wachsende Wirtschaft. Die zentralen Lösungen, welche von den meisten Regierungen aktuell in den Vordergrund gestellt werden, sind technologische Innovation und kleine staatliche Marktregulierungen.

Zusammenfassend haben wir, bezüglich den Hauptproblemen mit grünem Wachstum, keine andere Wahl, als über die Reduzierung des wirtschaftlichen Outputs nachzudenken.

## Wieso der Markt sich nicht selber regulieren wird

Wenn wir die oben erklärte Notwendigkeit ernstnehmen, das Wirtschaftswachstum zu stoppen und in Richtung ökologische und sozial gerechte Gesellschaft gehen wollen, müssen wir überprüfen ob unsere aktuelle Wirtschaft in der Lage ist, dieses Problem zu lösen. Hier zeigen wir einige Argumente auf, welche oft benutzt werden um zu propagieren, dass der Markt sich selbst regulieren kann und sich "automatisch" in die Richtung ändert, in welche die Menschen es gerne wollen.

**Oft wird argumentiert, dass die Aktionär:innen (Eigentümer:innen) wohlwollend sein können/werden** und mehr ökologische und ethische Kriterien bei ihren Entscheidungen berücksichtigen werden und dabei tiefere oder gar keine Dividenden in Kauf nehmen werden. Das hört sich jedoch sehr unwahrscheinlich an, wenn man bedenkt, dass **Dividenden der Hauptgrund vom heutigen Investment ist, und man insofern von den Aktionär:innen erwartet auch Profite zu verzichten aber trotzdem ihr Geld zu investieren**. Da das Hauptziel von privater Investition ist Profite zu machen, und so erscheint es als sehr unwahrscheinlich, dass viele Investor:innen sich davon abwenden. Zudem, selbst wenn ein signifikanter Teil von Investor:innen ihre finanziellen Entscheidungen nach ökologischen Kriterien ausrichtet, würden diejenigen, welche immer noch nach den grössten Profiten suchen, **relativ gesehen mehr Geld und einen grösseren Marktanteil gewinnen**. Das wird "nachhaltigen" Unternehmen zum Nachteil, weil sie immer mit nicht nachhaltigen Firmen mithalten müssen aber gleichzeitig natürlich höhere Kosten und tiefere Wettbewerbsfähigkeit haben.

Wenn also Aktionär:innen nicht wirklich einen fundamentalen Wandel in der Wirtschaft herbeiführen können, **können wir als Konsument:innen die Wirtschaft verändern?** Das Hauptproblem hier ist, dass wir in einer sehr ungleichen Wirtschaft leben. Die sehr grossen Mengen an Geld, welches einige Menschen oder Institutionen besitzen, geben ihnen eine unproportional große Macht über wichtige Dinge in der Wirtschaft zu entscheiden, während die meisten von uns nichts dagegen tun können (Zum Beispiel denken einige Milliardäre, dass das Wettrennen zum Mars Priorität ist und daher sehr viele Investitionen in diesen Sektor fließen). Die meisten Menschen befinden sich in einer Situation in welcher sie nur "hoffen" können, dass die reichen Finanzinstitute und Personen sich entscheiden, in ökologische Projekte zu investieren. Da diese sich jedoch vor allem am Gewinn orientieren, ist es nicht sicher, dass dies geschehen wird.

## Wieso eine Regulierung des Marktes nicht genug ist

Lösungen für die Umweltkrise, welche Interventionen vom Staat beinhalten basieren meist entweder darauf technologische Innovationen zu fördern oder den Markt so "anzupassen", dass für "nachhaltige" Entscheidungen Anreize geschaffen oder Umweltkosten internalisiert werden. Stellen wir uns nun vor, dass eine Partei einen ambitionierten "Green New Deal" vorschlägt, welcher hohe Steuern auf Emissionen, Subventionen für Umweltfreundliche Unternehmen und ein Programm um Wirtschaftswachstum zu bremsen beinhaltet. Wieso wäre ein solcher Vorstoss inkohärent? Diverse Gründe sprechen unseres Erachtens dafür, dass solche Vorstösse widersprüchlich sind und die gewünschten Ziele verfehlen würde:

- *Negative Externe Effekte:* Negative Externe Effekte sind Konsequenzen, die vom wirtschaftlichen Produktionsprozess eines Unternehmens abstammen, aber auf andere als das Unternehmen übergehen und getragen werden - meistens von der Öffentlichkeit. Ein offensichtliches Beispiel ist Verschmutzung. Ohne spezielle Gesetze wird die Verschmutzung durch den Produktionsprozess nie von dem verantwortlichen Unternehmen bezahlt. Da Aktionär:innen sich vor allem um ihre Profite kümmern, tendieren sie dazu, möglichst viele Kosten zu externalisieren. Sie würden Verschmutzungen nicht vermeiden, so lange es billiger ist zu verschmutzen als es zu unterlassen. Durch staatliche Interventionen kann ein Preis für die Verschmutzung eingeführt werden und so die Tendenz vielleicht umkehren. Unternehmen werden jedoch immer nach Gesetzeslücken oder Alternativen externalisierung von Kosten suchen, denn diese Staatliche Regulierungen reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie nicht global eingeführt und kontrolliert werden. Bis solche Gesetzeslücken entdeckt und die Unternehmen bestraft werden braucht es viel Arbeit, Kontrollinstitutionen und Zeit, in welcher viel zusätzliche Umweltschäden passieren (Oström, 2010; Locher 2018). Zusätzlich sind viele Arten der Verschmutzung sehr schwierig zu messen und in finanziellen Werten ausdrückbar.
- *Macht Dynamiken und Kapitalflucht:* Grosse Firmen und private **Investor:innen haben grossen Einfluss auf die Politik** auf jedem Level. Ökonomische Interessen werden daher in politischen Entscheidungen immer sehr schwer gewichtet. Investor:innen haben jedoch in nur in seltenen Fällen ein Interesse an ökologischen Massnahmen, was zumindest kurzfristig weniger Profite bedeutet. Die Konsequenz davon ist, dass durch die grossen Lobbies Umweltgesetze schwach ausfallen und schlussendlich (eher) ineffektiv sind - allen voran wegen der fossilen Brennstoff-Lobby. Die Geschichte vom (scheiterndem) Klimaschutz ist eine Geschichte der Sabotage durch die fossile Brennstoff-Lobby. Diese Dynamik wird mit grosser Wahrscheinlichkeit so weitergehen und ökologische Reformen in Zukunft auch zurückhalten, auch weil viele Investor:innen (wie die meisten Schweizer Banken) **Aktien im Kohlen-und Erdöl Sektor haben**. Manche dieser Investitionen repräsentieren ziemlich viel Geld und die Projekte brauchen viel Kapital und Zeit für, bis sie Net Profite abgeben. Viele Investor:innen erwarten also eine Rendite für ihre jetzigen Investitionen in einigen Jahren. Wenn wir entscheiden würden, Projekte im fossilen Brennstoff-Sektor zu stoppen würde das

grosse Verluste für diese Akteure bedeuten. Sie werden also dafür kämpfen diese Projekte weiterlaufen zu lassen (Malm, 2016 ; Tanuro 2020).

Des Weiteren, wenn wir Umweltregulierungen durchsetzen möchten, **könnten Investor:innen androhen das Land zu verlassen** und sich anderswo niederzulassen, wo die Gesetze ihnen besser passen. Natürlich hat jede soziale Reform mit diesem Problem namens Kapitalflucht umzugehen (Das wurde ab 1980 möglich. Zuvor gab es starke Restriktionen auf internationalen Kapitalbewegungen). Als Beispiel können wir die CO2-Steuer nehmen: Investor:innen und Unternehmen mit hohen Emissionen verursachen drohten an, das Land zu verlassen und sich in einem Land ohne CO2-Steuer niederzulassen.

Zudem können Investor:innen auch einfach einen **“Investitionsstreik”** machen (Young, Schwartz, Banerjee, 2017). Wie bereits erwähnt sind nicht alle Unternehmen und jede wirtschaftliche Aktivität über Privateigentum organisiert, aber es spielt eine sehr grosse Rolle. Wenn also neue Gesetze die Macht von Aktionär:innen einschränken würden, oder sie solche Reformen befürchten könnten, so würden sie ihre Investitionen reduzieren, was schlimme Konsequenzen für die Produktion, die Arbeitslosigkeit und die Löhne haben kann und sogar eine Rezession auslösen kann.<sup>2</sup> Daher versuchen Staaten und öffentliche Institutionen dauernd Investor:innen anzulocken; um die Wirtschaft am Leben zu erhalten. Aber damit, machen sich **Investitionen von der “Stimmung” der Aktionär:innen abhängig**, und es wird es sehr schwierig umweltfreundliche Gesetze einzuführen, wenn dies Staatseingriffe und Steuern auf sonst profitable Teile der Wirtschaft bedeuten.

Zusammenfassend haben wir in diesem Kapitel versucht die Gründe dafür aufzuzeigen, wieso unser jetziges Wirtschaftssystem wachsen muss: Wir haben im Detail über den Druck von Aktionär:innen gesprochen, welche nach Renditen streben und dem Wettbewerb zwischen Firmen ausgeliefert sind. Auch wenn wir nicht darüber gesprochen haben, spielt auch der Staat eine bedeutende Rolle bei der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Wir haben auch erwähnt wieso dieser Wachstumszwang nicht ökologisch ist und wieso wir diverse Probleme und Hindernisse antreffen werden, wenn wir versuchen den aktuellen Kapitalmarkt zu behalten und nur dessen Effekte auf die Umwelt zu regulieren.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Dies ist das Argument, das gegen praktisch jede Sozialreform, die versucht Profite in der Gesellschaft fairer zu verteilen (und dadurch z. B. die Gehälter erhöhen zu können) vorgebracht wird. Dennoch ist es eine offene Debatte, ob die Aktionäre ihre Investitionen tatsächlich reduzieren würden oder nicht, wenn diese sozialen Reformen angenommen werden würden. Was wir sagen können ist lediglich, dass es wahrscheinlich negative Folgen hätte, wenn die privaten Investitionen in der Wirtschaft insgesamt zurückgingen, ohne dass dies in irgendeiner Weise kompensiert wird.

<sup>3</sup> In diesem Dokument haben wir uns hauptsächlich auf den dem Kapitalismus inherenten Wachstumsimperativ konzentriert. Es gibt jedoch viel Literatur, die andere wichtige ökologische Mängel des Kapitalismus unterstreicht. Siehe zum Beispiel: Jason Hickel, Weniger ist mehr; Naomi Klein, Das ändert alles: Kapitalismus gegen das Klima; James O'Connor, Der zweite Widerspruch des Kapitalismus; Andreas Malm, Fossiles Kapital, Der Aufstieg der Dampfkraft und die Wurzeln der globalen Erwärmung; Daniel Tanuro, Trop tard pour être pessimiste, Ecosocialisme ou effondrement; Jean-Marie Harribey, Le trou noir du capitalisme.

Kapitel 2 und 3 sind daher Versuche die folgenden beiden Märkte anzupassen. Erstens, den aktuellen Kapitalmarkt durch einen demokratischeren Mechanismus, zu ersetzen, welcher umweltfreundlichere Entscheide erlaubt. Zweitens wollen wir den aktuellen Arbeitsmarkt verändern, damit ein ökologischer Wandel keine negativen sozialen Konsequenzen hat. Diese beiden Märkte umzubauen, erlaubt es uns den Güter- und Dienstleistungsmarkt zu behalten und trotzdem den Systemwandel zu haben, den wir brauchen.

## Kapitel 2 : Investieren in einer demokratischen Wirtschaft

Im letzten Kapitel haben wir uns die wichtigsten Gründe angesehen, warum unsere Wirtschaft aufhören muss zu wachsen, wenn wir eine ökologische Katastrophe vermeiden wollen. Wir haben versucht zu verdeutlichen, dass private Investitionen im Wesentlichen von der Rentabilität abhängen und zu einem Wachstumsimperativ führen. Das nächste Kapitel wird sich daher mit der Frage befassen, wie dieser "private Investitionsmechanismus" ersetzt werden kann. Es gibt viele alternative Lösungen für diese Investitionen. Wir werden hier einige Autor:innen vorstellen, die für eine soziale Kontrolle von Investitionsentscheidungen einsetzen.

Es ist uns wichtig, dass die Vorschläge gewisse Prinzipien respektieren: Die Alternativen sollten natürlich umweltfreundlich sein und zudem Freiheit und Demokratie garantieren. (Freiheit definieren wir im Sinne individueller Lebens- und Konsumententscheidungen sowie im Sinne der Möglichkeit, ein eigenes Projekt zu lancieren. Demokratie bedeutet hier, die Möglichkeit von gleichberechtigter Beteiligung an den Entscheidungen der Gesellschaft zu garantieren

Wir benutzen zwei Leitfragen, um die verschiedenen Modelle zu analysieren und zu vergleichen. Erstens: Wer sollte anstelle der Aktionär:innen die Macht haben, Entscheidungen über die Produktion in einem Unternehmen zu treffen? Sollten die Entscheidungsmacht in den Händen der Arbeitnehmer:innen, des Staates oder der Gesellschaft liegen?

Wie wir bereits erläutert haben, muss ein alternatives Modell in der Lage sein, die Unternehmen in der Wirtschaft zu finanzieren, bzw. es ihnen ermöglichen, Geld zu finden, um ihre Projekte zu starten. Da private Investitionen in ökologischer Hinsicht versagen, sollten wir uns zweitens fragen: Wer sollte stattdessen entscheiden, wie entprivatisiertes Kapital angelegt werden soll? Sollen die Arbeitnehmer:innen über die Verwendung der Früchte ihrer Arbeit entscheiden oder sollen die Gewinne breiter verteilt werden? Welcher Mechanismus ersetzt die privaten Investitionen? Wie würde ein "Gemeineigentum" aussehen?

Zunächst werden wir einen Blick auf das "Genossenschaft / Kooperativen" Modell werfen, das einige wichtige, aber nicht ausreichende Lösungen bietet. Dann werden wir die Vorteile und Nachteile eines "staat-wirtschaftlichen" Modells erörtern, bei dem die Investitionen von einer zentralen Macht koordiniert werden. Schließlich werden wir erläutern, wie man die positiven Aspekte dieser verschiedenen Modelle kombinieren kann, um eine Wirtschaft auf der Grundlage von Gemeineigentum und demokratischen Investitionen zu konstruieren. Dies halten wir letztendlich für eine sehr interessante und realistische Alternative.

### Sind Genossenschaften eine Lösung?

Aus der Notwendigkeit heraus, dem Privateigentum von Unternehmen ein Ende zu setzen, haben sich mehrere Alternativen herausgebildet. Eine der bekanntesten ist das "Genossenschaftsmodell", welches eine Form von selbstverwalteten Unternehmen ist.

Selbstverwaltung bedeutet, dass allein die Arbeitnehmer über alle Angelegenheiten des Unternehmens, in welchem sie arbeiten, entscheiden. Es sind also nicht Investor:innen oder Anteilseigner:innen ausserhalb des Unternehmens, die die Produktion, den Output oder das interne Management des Unternehmens kontrollieren. Diese Entscheidungen werden von den Menschen getroffen, die im Unternehmen arbeiten. Die Selbstverwaltung ermöglicht es den Arbeitnehmer:innen also, ihre Souveränität und ihr politisches Gewicht im Unternehmen wiederzuerlangen (z. B. durch Stimmrechte). Sie entscheiden auch selbst über die interne Organisation des Unternehmens. So könnten sie sich für ein horizontales Organigramm entscheiden oder einen Ausschuss oder einen/eine Geschäftsführer:in wählen.

In einem System, das auf Genossenschaften oder selbstverwalteten Unternehmen basiert, wird der Status des/der Eigentümer:in somit von den Aktionär:innen auf die Arbeitnehmer:innen übertragen, da sie das Kapital selbst in das Unternehmen einbringen. Das bedeutet, dass sie allein über die Entscheidungsgewalt verfügen und somit den Rest der Gesellschaft einerseits von der Gewinnbeteiligung und andererseits von der Möglichkeit, in die Produktionsentscheidungen einzugreifen, zwangsläufig ausschließen. Die Finanzierung der Unternehmen hängt wiederum von den einzelnen Arbeitnehmer:innen ab, die das Kapital mitbringen und sich durch den Beitritt zu einer Genossenschaft ein "Eigentumsrecht" erkaufen. In einem System, wo Genossenschaften in starker Konkurrenz zueinanderstehen, ist es deshalb unmöglich, einen ökologischen Übergang zu steuern und einige wichtige Sektoren wachsen zu lassen, während schädliche Aktivitäten zurückgehen.

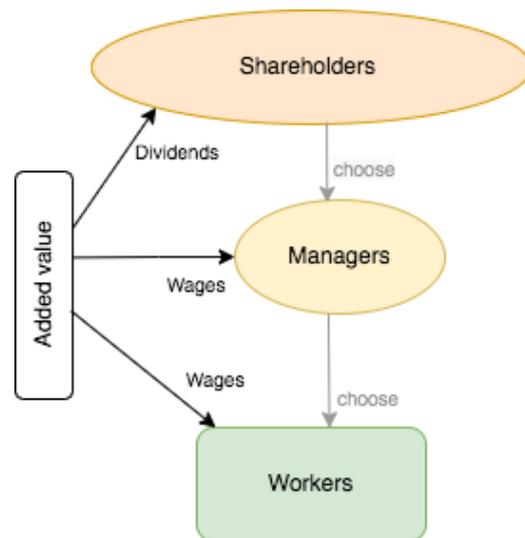


Abbildung 1: Aufbau eines normalen grossen Unternehmens heutzutage

Stellen wir uns zum Beispiel vor, Holcim (ein Unternehmen, welches Beton herstellt) hätte keine Aktionär:innen mehr, die seine Entscheidungen lenken, sondern eine interne Struktur, in der die Arbeiter:innen von Holcim demokratisch darüber nachdenken können, wie die Betonproduktion organisiert und wie die Gewinne verteilt werden sollen. Nichts würde sie daran hindern, die Betonproduktion im gleichen Umfang wie heute fortzusetzen oder sogar die Gewinne des Unternehmens zu steigern, um sich selbst höhere Löhne zu zahlen. Die Annahme eines solchen Selbstverwaltung Modells erlaubt es dem Rest der Bevölkerung nicht, die Arbeiter im Beton-Sektor zu beeinflussen und zu zwingen, die Produktion von Beton einzustellen, deren ökologische Folgen uns alle betreffen. **Das "kooperative" Modell zeigt uns also die Notwendigkeit auf, einen gesellschaftlichen Kontrollmechanismus zu etablieren**, damit nicht nur die Arbeitnehmer:innen davon profitieren, ein Mitspracherecht über die eventuell schädlichen Aktivitäten eines Unternehmen zu haben. Also, selbst wenn alle Unternehmen in der Schweiz zu Genossenschaften werden, würde dies keine landesweite, demokratische Deliberation über unseren Ressourcen Verschleiß benötigen. Da jede Genossenschaft völlig unabhängig ist, wäre es auch nicht möglich, den Umfang der

Produktion und des Verbrauchs allgemein zu regulieren, was für ein umweltfreundliches Wirtschaftsmodell unerlässlich ist.

Ein weiteres Problem von Genossenschaften ist die Schwierigkeit, ausreichende Mittel aufzubringen, um ihre Aktivitäten zu finanzieren (Andréani, 2001; Borrits, 2018). Sie sind in der Tat auf die Kapitaleinlagen der Arbeitnehmer oder Verbraucher beschränkt.

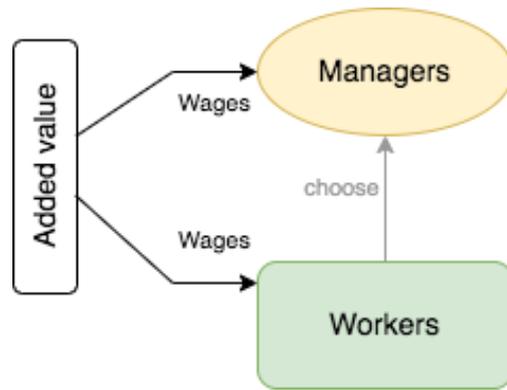


Abbildung 2 : Aufbau einer Genossenschaft, in der die Arbeitnehmer die Untergebenen wählen. Alle vom Unternehmen erwirtschafteten Einnahmen werden an die im Unternehmen tätigen Personen verteilt.

## Planwirtschaft als Lösung?

Das Problem der mangelnden Koordination wichtiger wirtschaftlicher Entscheidungen könnte durch die Verstaatlichung von Unternehmen bewältigt werden. Dies würde bedeuten, dass der demokratische Staat der Kapitalanleger und der Entscheidungsträger in den Produktionseinheiten wäre. So würden die Investitionsentscheidungen aufeinander abgestimmt und die Ausrichtung der Wirtschaft ermöglicht. Der Staat wäre also zumindest Eigentümer der großen Unternehmen, die einen großen Einfluss auf die Wirtschaft haben. Es gibt viele verschiedene Formen, wie so eine Planwirtschaft strukturiert werden könnte.

Das bekannteste Beispiel ist wohl die hierarchische Zentralplanung der UdSSR (Seurot, 1989). In einer vollständig verstaatlichten Wirtschaft wie dieser ist die Gefahr der Machtkonzentration in den Händen weniger Personen groß. An dieser Stelle muss man zwischen zwei möglichen Modellen und dem Platz, den sie dem Markt einräumen, unterscheiden. In einigen Modellen wird der Markt als Hilfsmittel für die Ressourcenverteilung (vor allem für Waren und Dienstleistungen, teilweise auch für Arbeit) beibehalten. Wir werden dieses Modell später im Abschnitt "Das Orientieren der Investitionen als Lösung" entwickeln. Andere Modelle ziehen es vor, alle Märkte vollständig abzuschaffen und zu einer vollständigen Planwirtschaft überzugehen, wie es in der URSS der Fall war.

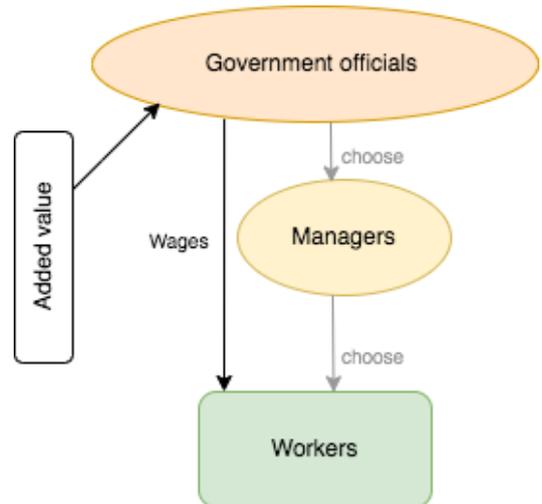


Abbildung 3 : Vereinfachtes Makroökonomisches Modell einer Planwirtschaft.

In der sowjetischen Wirtschaft wurden alle Entscheidungen über die Verteilung der Ressourcen von einer sehr kleinen Elite getroffen (Andréani, 2001). Sie entschied, was zu welchem Preis usw. produziert werden sollte, **Diese Arbeitsweise war nicht nur autoritär, sondern auch höchst ineffizient.** Wenn Investitionen für ein Unternehmen nicht von der wirtschaftlichen Leistung abhängen, wie können wir dann sicherstellen, dass die Arbeiter:innen trotzdem motiviert sind, ihr Bestes zu geben, um qualitativ zu produzieren, um weiterhin Investitionen zu erhalten? Wenn alles, was in einem Unternehmen geschieht, im

Voraus von Politikern entschieden wird, muss sich das System darauf verlassen, dass die Arbeitnehmer:innen aus ideologischer Überzeugung oder aus Angst vor sozial-ökonomischen Konsequenzen motiviert sind, wenn sie nicht hart genug arbeiten.

Darüber hinaus war es fast unmöglich, Entscheidungen zu treffen, die Kenntnisse für alle, oft nicht expliziten aber wichtigen Bedürfnisse und Konsumwünsche der Bürger:innen voraussetzten. Letztlich hatten die Bürger:innen kaum eine Wahlmöglichkeit in Bezug auf ihren individuellen Konsum. Außerdem war es für niemanden möglich, eine eigene Initiative zu starten. Die heutige Wirtschaft ist so komplex, dass es sehr schwierig wäre, den gesamten Bedarf an Materialien, Waren und Dienstleistungen so zu planen, wie es in der UdSSR der Fall war. Außerdem ist es für eine Planwirtschaft schwierig, sich kontinuierlich an soziale, ökologische und andere Entwicklungen anzupassen.

Mit den **technologischen Fortschritten**, die wir gemacht haben, befinden wir uns jedoch in einer anderen Ausgangslage, um über die Planung von Bedürfnissen zu sprechen. Heute sammelt und verarbeitet man Informationen schneller und umfangreicher, als das vor 50 Jahren vorstellbar gewesen wäre. Dies untergräbt einige der Argumente, die gegen eine gelungene Umsetzung einer Planwirtschaft gemacht wurden. Mehrere Autor:innen haben bereits verschiedene Modelle entwickelt, wie eine Planwirtschaft auf der Grundlage von Computer Science funktionieren könnte (z. B. Paul Cockshot, Allin Cottrell, Jan Philipp Dapprich, Cédric Durand usw.). Die Autoren Phillips und Rozworski (2019) weisen darauf hin, dass Unternehmen wie Walmart bereits Planwirtschaft in einem Umfang größer als der vieler Länder und Staaten betreiben.

Auch wenn diese Art von Vorschlägen in Bezug auf die Effizienz oder Umsetzung von einer Planwirtschaft überzeugend erscheinen mag, gibt es dennoch einige Punkte, die einen stützig machen könnten, wenn man über kybernetische<sup>4</sup> Alternativen spricht. Wir haben bereits erwähnt, dass die Herstellung und Benutzung von Technologien meistens sehr umweltschädlich ist. Wenn also die gesamte Koordination unseres Wirtschaftssystems von Algorithmen abhängt, die viel Energie verbrauchen, ist dies möglicherweise keine ökologische Lösung. Darüber hinaus könnte man bezweifeln, dass es wirklich wünschenswert ist, eine so riesige Menge an Informationen in einem System zu sammeln, das sehr technokratisch werden könnte (Khalfa, 2020).

Neben den erwähnten Zweifeln am Einsatz von Technologie als Planungsinstrument sind die erwähnten Nachteile der sowjetischen Wirtschaft, die die Gefahr einer Machtkonzentration oder eines Motivationsmangels betreffen, nach wie vor gültig.

Analysieren wir also nun die Möglichkeit einer dezentralisierten Planwirtschaft.

---

<sup>4</sup> Auf Algorithmen basierte Wirtschaftsmodelle

## Dezentrale Planwirtschaft als Lösung?

Um zu vermeiden, dass alle wirtschaftlichen Entscheidungen von einer Minderheit - ob gewählt oder nicht - getroffen werden, haben einige Autor:innen eine dezentralisierte Verwaltung der staatlichen Wirtschaft ohne Markt vorgeschlagen (Albert und Hahnel, 2006; Mandel, 1986). **In diesen Modellen ersetzen dezentralisierte Ausschüsse von Arbeitnehmer:innen und Verbraucher:innen die zentralisierte Entscheidungsmacht, die wir von den meisten erprobten Planwirtschaften kennen.** Während das Kapital weiterhin vom Staat bereitgestellt wird, werden Entscheidungen zu Investitionen, zur Produktion und zum Vertrieb von kollektiven Organismen getroffen. Es liegt auf der Hand, dass dies die Machtverhältnisse ausgleichen würde und es besteht weniger Risiko, dass politische Eliten die Alleinmacht übernehmen. Dieses Modell würde jedoch auch zu einem sehr aufwändigen Diskussionsprozess für jede Produktionsentscheidung führen. Es wäre zum Teil sogar unmöglich, für jeden produzierten Gegenstand oder jede erbrachte Dienstleistung eine Entscheidung auf diese Art zu treffen. Einige Ökonom:innen weisen darauf hin, dass wir in eine "Ökonomie der Wiederholung" verfallen würden, weil wir ein "Referendum über die Farbe der Schuhe" abhalten müssten (Samary, 1999). Die Bürger:innen und Produzent:innen würden durch die Teilnahme an unzähligen Sitzungen und Entscheidungen schnell demotiviert werden. Andere Ökonom:innen hingegen argumentieren, dass man durch eine effiziente Delegation die verschiedenen Entscheidungsprozesse erleichtern könnte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine auf Genossenschaften oder selbstverwalteten Unternehmen basierende Wirtschaft den Nachteil hat, dass eine Koordination der Wirtschaft nicht möglich ist, da der Markt nach wie vor die vorherrschende Form der Allokation ist. Eine solche Koordination ist jedoch für eine ökologische Wende notwendig. Der Staat könnte die Rolle der Planung der Wirtschaft übernehmen. Jedoch haben wir gesehen, dass dies den Informationsfluss erschwert und ein Risiko von Totalitarismus birgt.

Eine Dezentralisierung der Deliberations- und Entscheidungsprozesse könnte einen Sinnverlust der überlasteten Institutionen provozieren, obwohl einige Autoren auf die innovativen Technologien verweisen, die dieses Problem entgegenwirken könnten. **Für viele Ökonomen ist es deshalb nach wie vor notwendig, dass ein wirtschaftliches Modell gleichzeitig Raum für eine gewisse Lenkung der Wirtschaft bietet, aber auch den Einzelpersonen und Unternehmen Handlungsspielräume lässt.**

## Das Orientieren von Investitionen als Lösung?

Die Vorschläge, die in diesem Abschnitt vorgestellt werden, haben **die Abschaffung des Privateigentums von Unternehmen und die "Sozialisierung" oder "Domestizierung" eines Teiles des Marktes** gemeinsam (Elson, 1988). In gewisser Weise versuchen diese Modelle, den Menschen so viel Freiheit wie möglich zu geben. Aber um dies zu ermöglichen, schränken sie eine bestimmte Art von Freiheit ein: die persönliche Entscheidung der Aktionär:innen über ihr Kapital. Diese individuelle Wahl wird durch eine Bürgerabstimmung ersetzt, die den meisten Menschen mehr Freiheit und Wahlmöglichkeiten gibt, als sie im

derzeitigen System jemals hätten. Während ein Markt für Waren und Dienstleistungen in diesen Modellen weiterhin bestehen bleibt, wird der Arbeitsmarkt eingeschränkt (siehe das nächste Kapitel über "Wirtschaftssicherheit"). Der Kapitalmarkt wird weitgehend durch die Entscheidungen der Bürger:innen begrenzt: Man kann daher von einem System der "wirtschaftlichen Demokratie" sprechen (Schweickhart, 2002). Andere ziehen es vor, es als eine "koordinierten Planung" zu bezeichnen (Devine, 1988, 2002). Einige verwenden die Begriffe "Markt-Sozialismus", "Socialisme Autogestionnaire" (Andréani, 2001) oder "Ökonomie der Commons" (Borrits, 2018 ; Federici, 2019). Die Kontributionen all dieser Ökonom:innen und Forscher:innen versuchen aufzuzeigen, dass Investment tatsächlich anders organisiert werden kann, als vom Trieb nach persönlicher Bereicherung einzelner Personen oder von staatlicher Planung abhängig zu sein. Wir kehren noch einmal zu unseren beiden Leitfragen zurück, um zu verstehen, wie ihre Modelle funktionieren: **Wer hätte die Macht, Entscheidungen über die Produktion in einem bestimmten Unternehmen zu treffen und wer sollte entscheiden, wie das Kapital in der Wirtschaft angelegt wird?**

## Gemeinsamkeiten

Zunächst werden wir die Gemeinsamkeiten unter den genannten Autoren und ihren Modellen aufzeigen: Diese sind die **Demokratisierung von Unternehmen** und die **Einbeziehung der Bürger:innen in die Investitionsentscheidungen**. Dann werden wir die wichtigsten Unterschiede zwischen den Modellen und Autor:innen diskutieren.

Bezüglich der ersten Frage zu den Entscheidungen innerhalb eines bestimmten Unternehmens können wir ein erstes Grundprinzip festlegen : Entscheidungen in Bezug auf Unternehmen werden von Menschen getroffen, die in irgendeiner Weise von den Aktivitäten des Unternehmens betroffen sind. Es gibt mehrere Varianten, wie ein System auf Basis von sozialem oder persönlichem Eigentum von Unternehmen funktionieren könnte.

Was unsere zweite Frage betrifft, können wir als zweites Grundprinzip festlegen, dass die wichtigsten Investitionsentscheidungen auf demokratische Weise hauptsächlich durch Volksabstimmungen getroffen werden und dann dezentral von autonomen Finanzinstitutionen umgesetzt werden. In den meisten Vorschlägen wird das Geld für Investitionen aus den Einnahmen der Unternehmen geschöpft. Die Investitionen durchlaufen zwei Entscheidungsebenen: Erstens wird in einer Volksabstimmung festgelegt, welche **Sektoren der Meinung der Bürger:innen nach begünstigt und welche reduziert oder sogar abgeschafft werden sollen**. Zweitens wird dieses **demokratische Urteil an die lokalen Institutionen weitergegeben**, die unter Berücksichtigung der Ergebnisse der nationalen Abstimmung entscheiden, welche Projekte sie in der Praxis unterstützen wollen. Diese Punkte bilden einen gemeinsamen Rahmen für unsere Alternative, die auf den Ideen der zuvor vorgestellten Autor:innen aufgebaut ist.

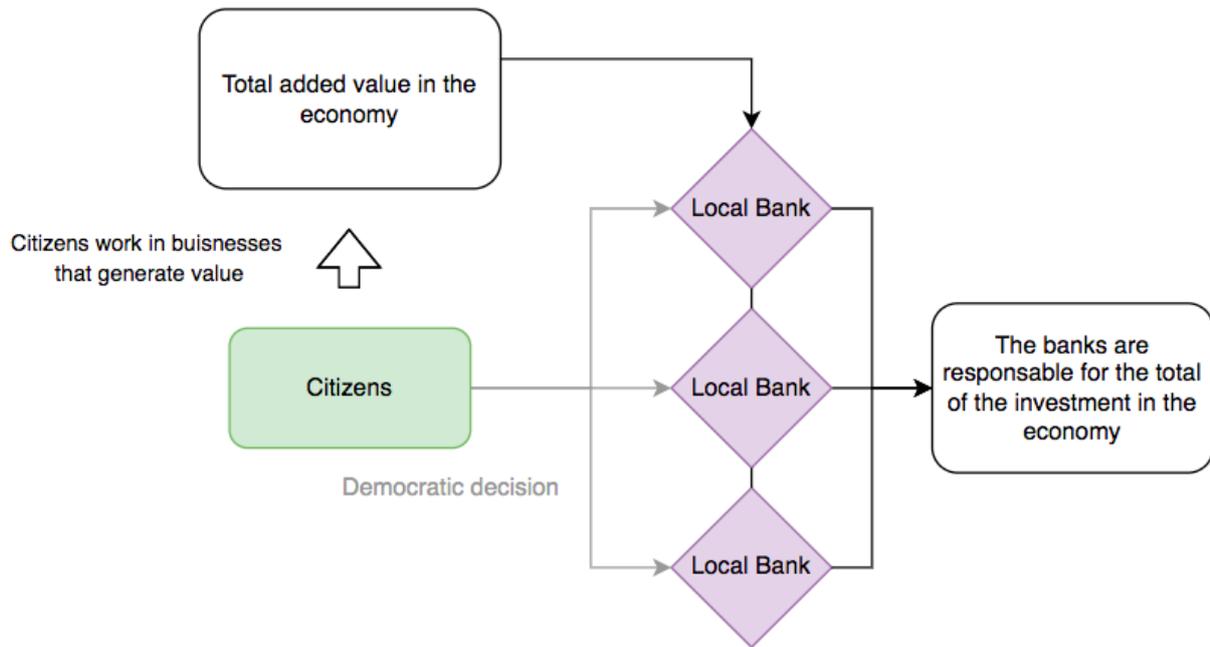


Abbildung 4: Vereinfachtes makroökonomisches Modell einer demokratischen Wirtschaft, in der Investitionen mit Hilfe einer Volksabstimmung ausgerichtet werden. Die Bürger:innen legen Leitlinien fest, die bestimmen in welche Unternehmen investiert wird.

## Unterschiede (Demokratie innerhalb und außerhalb der Unternehmen)

Allerdings unterscheiden sich die Modelle je nach Autor:in in mehreren Aspekten. Ein erster Unterschied betrifft die Frage, wer das Recht hat, innerhalb des Unternehmens zu entscheiden. Wie bereits erwähnt, sind sich die Wirtschaftswissenschaftler einig, dass die von den Entscheidungen des Unternehmens betroffenen Personen ein Mitspracherecht bei den Aktivitäten des Unternehmens haben sollten. Doch wer als betroffen gilt und wie diese Personen einbezogen werden, wird unterschiedlich geregelt.

Ein erster Vorschlag sieht vor, dass es in jedem Unternehmen **Entscheidungs-Kollegien** geben sollte, die Arbeitnehmer-innen, Verbraucher-innen, lokale Gemeinschaften, die von der Produktion betroffen sein könnten (Coutrot, 2010), und in einigen Fällen sogar Lieferant-innen vertreten (Devine, 2002). Ein zweiter Vorschlag sieht vor, dass **nur die Arbeitnehmer-innen in ihrem Unternehmen entscheiden können**, während alle anderen betroffenen Personen bereits in der übergeordneten Instanz zu Wort kommen (nämlich bei der demokratischen Entscheidung über die Finanzierung der verschiedenen Sektoren (Schweickart, 1992; Borrits, 2020; Andréani, 2001; Friot, 2012, 2021)). Ein dritter Vorschlag besteht darin, **dass die Arbeitnehmer:innen alleine entscheiden sollten, die Konsumenten aber das Recht auf durch unabhängige Organisationen bereitgestellte Information haben sollten** (Elson, 1988). Diese Organisationen würden Informationen zu Unternehmen sammeln und weitergeben, um den Konsument:innen das Treffen fundierter Kaufentscheidungen zu ermöglichen. Dies stellt einen Bruch mit dem derzeitigen System dar, welches durch Informationsasymmetrie, Intransparenz und Werbung die öffentliche Meinung zu den

tatsächlichen Kosten und Produktionsbedingungen eines Produktes oder einer Dienstleistung manipuliert.

Ein zweiter Punkt, in dem die Meinungen der Autor:innen auseinander gehen, betrifft die Frage, wie die Aktionär:innen ersetzt werden und wie das Kapital zu den Unternehmen fließt, die wertvolle und umweltfreundliche Güter oder Dienstleistungen für unsere Gesellschaft bereitstellen. Wir werden nun die verschiedenen Vorschläge der Autor:innen zur Lösung dieser zweiten Frage durchgehen.

Wie wir bereits erwähnt haben, ist die Gemeinsamkeit dieser Vorschläge eine gewisse demokratische Verwaltung der Investitionen. Sie unterscheiden sich aber in den Instrumenten, die sie zur Umsetzung des Urteils "des Volkes" einsetzen. Das erste Modell, das wir betrachten werden, stützt sich hauptsächlich auf die Hilfe von Darlehen und unterschiedlichen Zinssätzen, um die Unternehmen zu begünstigen, die wir brauchen und die gleichzeitig schädlichen Sektoren reduzieren. (Borrits, 2018; Andréani, 2001; Devine, 2002). Eine andere Methode schlägt vor, Unternehmen stattdessen zu subventionieren (Lordon, 2021 ; Friot, 2012, Schweickart, 1992). Beide Optionen ermöglichen die Steuerung des Wirtschaftswachstums durch ihre jeweilige Methode: Darlehen oder Subventionen. Abschließend werden wir uns mit zwei weiteren Debatten befassen, um einen Investitionsmangel vorzubeugen: Sollten Unternehmen sich selbst finanzieren und auf ihre persönlichen Ersparnisse zugreifen können oder nicht?

- *Mit Hilfe von nur einer demokratischen Abstimmung die Investitionen steuern* : Einige Autor:innen bevorzugen eine Volksabstimmung (Borrits, 2018) oder eine Parlamentsabstimmung (Andréani, 2001) als Instrument zur Festlegung von Leitlinien in der Wirtschaft (auch Schweickart, 1992). Das bedeutet, dass die Menschen (Bürger:innen oder Politiker:innen) mitbestimmen könnten, in welche Sektoren mehr und in welche weniger investiert werden soll. So könnten die Bürger:innen beispielsweise entscheiden, dass der Privatverkehr weniger wichtig ist als der öffentliche Verkehr und dass wir weniger in den Verkehr im Allgemeinen als in die lokale Landwirtschaft investieren wollen. Diese Entscheidungen würden dann von lokalen Finanzinstitutionen umgesetzt werden, die anschließend die lokale Landwirtschaft und den öffentlichen Verkehr fördern und den Individualverkehr benachteiligen würden.

Die Autor:innen gehen nicht darauf ein, wie diese "Kategorien", die von den Wählern verglichen und in eine Rangfolge gebracht werden, auf "objektive" Weise definiert werden können. Es gibt jedoch mehrere Erfahrungen mit "participatory budgeting", die Antworten auf diese Frage geben können. (Inter-Amerikanische Entwicklungsbank, 2005). Im Fall von Porto Alegre beispielsweise spielten Bürger:innenversammlungen zusammen mit lokalen NRO und öffentlichen Beamten eine wichtige Rolle bei der Festlegung der thematischen Kategorien, die von den Bürger:innen mit einem Teil des Staatsbudgets der Region beeinflusst werden könnten. Diese Erfahrungen und die Studien, die dazu gemacht wurden, (Abers, 2018) lehren uns auch die zu meisternden Herausforderungen, damit ein demokratisch basiertes Wirtschaftsmodell langfristig funktionieren könnte.

- *Die Abstimmung wird mit Hilfe von Darlehen umgesetzt:* Nach Ansicht einiger Autor:innen sollte die oben beschriebene Abstimmung von den **lokalen Banken** berücksichtigt und umgesetzt werden. Sie repräsentieren die Institutionen, die anstelle der Aktionär:innen alleinig Kapital in die Unternehmen investieren. Natürlich unterscheiden sich diese Banken in einigen sehr wichtigen und spezifischen Punkten von den heutigen Crédit Suisse, UBS usw.: Sie hätten keine Aktionäre mehr (sondern wären Genossenschaften), sie würden die Unternehmen nicht besitzen, in welche sie investieren und sie müssten die von der Bürger:innenabstimmung festgelegten Leitlinien bezüglich der Priorität der Sektoren, in die investiert werden soll, beachten.

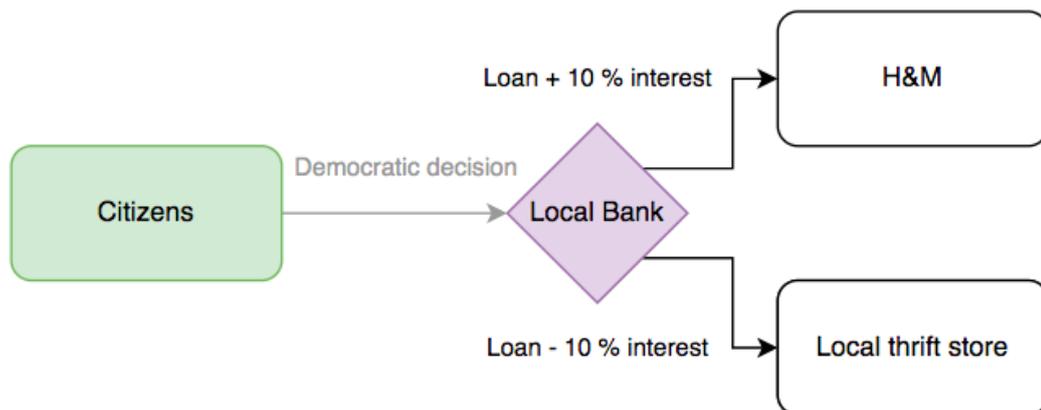


Abbildung 5 : Modell einer lokalen Bank, die einen Kredit zu unterschiedlichen Zinssätzen vergibt, um ein Unternehmen gegenüber einem anderen zu begünstigen.

Das Wahlergebnis würde von diesen lokalen Banken also in **mehr oder weniger attraktive Zinssätze** für die verschiedenen Sektoren umgesetzt werden (Borrits, 2018). Unternehmen, die zwangsläufig einem dieser Sektoren angehören, werden somit bei der Beantragung eines Kredits entweder benachteiligt oder begünstigt. So könnte es beispielsweise sehr einfach sein, ein Darlehen für ein ökologisches Projekt zur Herstellung von Low-Tech-Solarpanels zu erhalten, während es im Gegensatz dazu sehr teuer wäre, einen Kredit für die Produktion von Luxusautos zu bekommen. Je nach den demokratisch getroffenen Entscheidungen kann man sich so hohe Zinssätze vorstellen, dass die Produktion gewisser Güter prohibitiv wird, während Negativzinsen ökologische Sektoren wirklich fördern würden.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Negativzinsen bedeuten, dass der Schuldner weniger zurückzahlen muss als er vom Gläubiger bekommen hat. Wenn der Kredit zum Beispiel 100,- beträgt und der Negativzins 10 % ist, muss der Schuldner nur 90,- zurückzahlen. Man könnte also sagen die 10,- erlassenen Franken sind subventioniert. Wären die Zinsen positiv, müsste der Schuldner 110,- zurückzahlen.

Da jede Investition diesen Mechanismus durchlaufen muss, ermöglicht dieses Modell eine demokratische Gestaltung der Wirtschaft und lässt gleichzeitig genügend Raum für persönliche Initiativen: Die Banken können mit dieser Methode die Wirtschaftstätigkeit nur fördern oder dämpfen, aber es liegt immer noch an der Bereitschaft jedes/jeder Einzelnen, eine Bank von der Finanzierung einer neuen Geschäftsidee zu überzeugen. Solange diese Idee sich im von den Bürger:innen demokratisch beschlossenen Rahmen bewegt, wird dem Projekt leicht ein Kredit einer Bank gewährt, vielleicht sogar mit negativen Zinssätzen.<sup>6</sup>

- *Die Abstimmung wird mit Hilfe von Subventionen durchgesetzt:* Andere Autor:innen (London, 2021; Friot, 2021; Schweickart, 2002) bevorzugen ein System mit **Subventionen** anstelle von Darlehen. Für diesen Vorschlag ziehen es die Autor:innen im Allgemeinen vor, anstelle von Banken neue "**Fonds**" zu kreieren, welche die Rolle der Investierung in Firmen übernehmen (gemäß den durch das demokratische Bürgervotum festgelegten Prioritäten). Diese Fonds würden Geld in Form von Zuschüssen nach vorbestimmten Budgets für jeden Sektor bereitstellen. Dieses Modell ähnelt stark dem oben erklärten Modell, welches Kredite verwendet. Der wichtigste Unterschied liegt darin, dass der Geldkreislauf beim Subventionsmodell vom Fond zum Unternehmen fließt, welches dann wiederum Steuern zahlen muss und diese Steuern dann wieder den Fond finanzieren (wie in Abbildung 6 dargestellt).

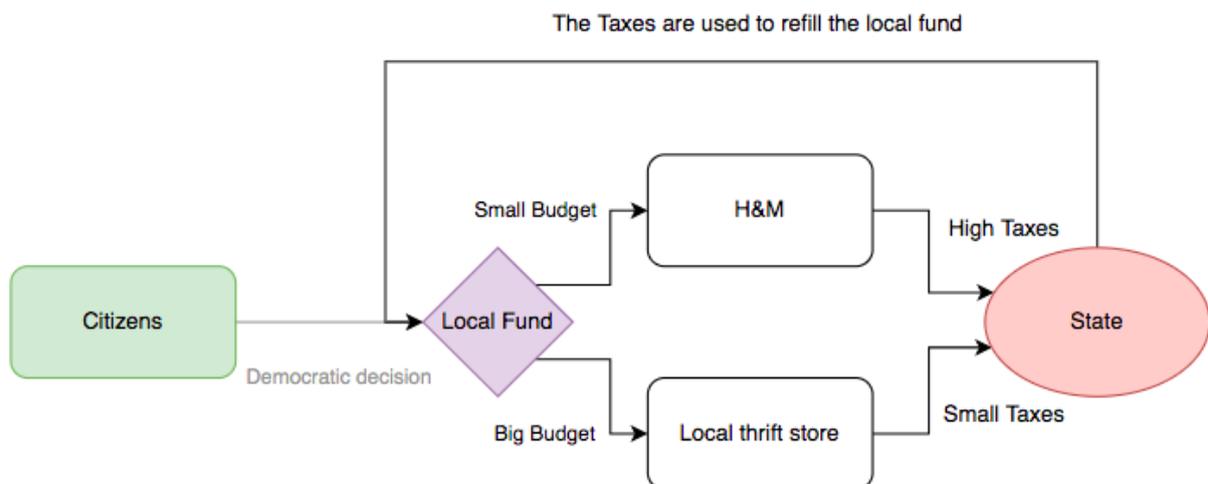


Abbildung 6 : Modell eines lokalen Fonds, der verschiedenen Unternehmen unterschiedliche Zuschüsse gewährt. Das Geld wird anschließend über das Steuersystem eingenommen und fließt dann wieder an den Fond zurück.

<sup>6</sup> Um dieses System in Gang zu setzen, könnten wir eine einmalige Steuer auf Unternehmenseinkünfte erheben, die den Banken das nötige Geld für die Kreditvergabe liefert. Da die Banken ihr Geld zurückbekommen, wenn die Unternehmen ihre Kredite zurückzahlen, ist das Kreditsystem von diesem Zeitpunkt an selbsterhaltend.

- *Die Investitionen werden mit Hilfe von mehreren demokratischen Abstimmungen gesteuert* : Einige Autor:innen (Elson, 1988; Andréani, 2001; Varoufakis, 2021) gehen noch weiter und fordern, dass demokratische Prozesse in mehr als nur einer Volksabstimmung einsetzt werden sollten. Es sollen also zusätzlich zu der Volksabstimmung spezifischere Diskussionen über jedes größere Investment geführt werden. Einige Ökonom:innen (Pat Devine, 2002) sind etwa der Meinung, dass Koordinationsgremien notwendig wären, welche von allen betroffenen Menschen vertreten werden und über die Verteilung von neuen Krediten oder Mitteln entscheiden können. Dieses Konzept klingt interessant, könnte aber angesichts der Vielzahl von Investitionen in unserer modernen Wirtschaft kompliziert zu realisieren sein. Möglicherweise könnte ein solches System für große Investitionen, die sich auf einen ganzen Sektor auswirken, eingerichtet werden.

Wir haben den Vorschlag gesehen, durch Informationskommissionen Unternehmen transparenter zu gestalten und Konsumenten, Politiker:innen und Bürger:innen (die durch die demokratische Abstimmung ein Mitspracherecht bei Investitionen hätten) bei den Entscheidungen zu den Investitionen und der Geldverteilung zu unterstützen. Diese Informationskommissionen würden Informationen über jedes Unternehmen zur Verfügung stellen, von den Kosten und Löhnen in der Produktion bis hin zu den Arbeitsbedingungen und ökologischen Auswirkungen. Die unabhängigen Kommissionen wären vom Staat finanziert und könnten Ad-hoc-Kontrollen durchführen, um die Angaben der Unternehmen zu überprüfen. Auf Grundlage dieser Daten wäre es möglich, ein "Rating" der Unternehmen zu erstellen, welches bei der Entscheidung über bestimmte Investitionen oder Steuern helfen würde.

## Investitionen orientieren, um das Wirtschaftswachstum zu bremsen

Ein Wirtschaftsmodell, das mindestens ein demokratisches Moment zur Steuerung von Investitionen vorsieht, ist ein „Game Changer“, da **es durch die kollektive Entscheidung ermöglicht, das Wirtschaftswachstum zu stoppen und unsere Produktion umzudenken**. Die Bürger:innen könnten nicht nur entscheiden, worin sie investieren, sondern auch, wie viel sie investieren. Auf diese Weise könnten sie die Wachstumsrate festlegen, die Banken oder Fonds anstreben sollten. Wir könnten uns zum Beispiel dafür entscheiden, jedes Jahr einen Rückgang des BIP der Schweiz um 3 % anzustreben. Dieses BIP-Ziel kann dann wiederum in Investitionssummen pro Sektor aufgeteilt werden. Nach dieser Größenordnung müssten die Banken oder Fonds ihre Investitionen ausrichten.

Aus makroökonomischer Sicht würde dieses System also ermöglichen, die Wirtschaft von einem ihrer wichtigsten Wachstumsmotoren zu entkoppeln: die privaten Investitionen. Erstens gäbe es keine Aktionär:innen mehr, die in erster Linie mit ihren Investitionen positive Renditen erwirtschaften wollen. Zweitens ermöglichen es nur bestimmte Wirtschaftssektoren wachsen zu lassen, während andere schrumpfen. Nehmen wir noch einmal das Beispiel einer Bank mit 200,-, die Kredite in Höhe von 100,- an zwei Unternehmen vergibt. Eines davon wollen wir fördern (Bio-Bauernhof), das andere wollen wir abbauen (Nestlé). Die Bank könnte dem ersten

Unternehmen ein Darlehen mit einem Zinssatz von -5% und dem zweiten ein Darlehen mit einem Zinssatz von +5% gewähren. Das bedeutet, dass das erste Unternehmen 95,- zurückgeben muss, während das andere 105,- zurückgeben muss. Wir sehen, dass negative Zinssätze die Dynamik des derzeitigen Darlehen-Systems stark verändern und es ermöglichen, das Wachstum bzw. den Rückgang des BIP besser zu kontrollieren. **Indem man selektiv die Sektoren sanktioniert und reduziert, die als schädlich angesehen werden, können andere Sektoren wachsen und gedeihen** und die benötigten Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze schaffen. Solange unsere Volkswirtschaft immer weniger Güter und (vor allem fossile) Energie verbraucht, produziert und nutzt, können wir immer noch bestimmte Sektoren haben, die wachsen, innovativ sind und alles Notwendige für die Gesellschaft bereitstellen.

Im Falle eines Finanzsystems, das mit Subventionen arbeitet, entfällt auch der Wachstumszwang. Die Fonds könnten das Wachstum bzw. den Rückgang steuern, indem sie den Unternehmen größere oder kleinere Subventionen gewähren. Die Unternehmenssteuern könnten auch so angepasst werden, dass einige Unternehmen stärker bestraft werden als andere. Auf diese Weise wäre es auch möglich, nachhaltige Projekte in Sektoren zu fördern, die noch wachsen müssen.

Ein System, das auf der Finanzierung von Unternehmen durch Kredite basiert, die von den Unternehmen zurückgezahlt werden müssen, mag vielleicht den Eindruck erwecken, dass Unternehmen dann unter großem Druck stehen würden, wirtschaftlich rentabel zu sein, um genügend Einnahmen zu erzielen, um an die Bank zurückzahlen zu können. Wir glauben jedoch, dass es wichtig ist, sicherzustellen, dass das verliehene Geld (das eine kollektive Ressource ist) nicht verschwendet wird und ein angemessenes Maß an Druck zur Rentabilität angebracht scheint.

Das "Subventions-szenario" (und damit auch die Negativzinsdarlehen) stellt dagegen eine andere Art von Herausforderung dar. Um sicherzustellen, dass die Unternehmen mit dem Geld, das sie von der örtlichen Bank oder dem "Investitionsfonds" erhalten, auch tatsächlich produzieren, verkaufen und Arbeitsplätze schaffen, müssten diese Institutionen nach der Gewährung des Kredits wahrscheinlich eine Kontrolle der Unternehmensaktivitäten durchführen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Investitionen in die Taschen von Menschen fließen, die z. B. nur vorgeben, ein Unternehmen gründen zu wollen, dies aber in Wirklichkeit nie tun.

Ein weiterer Aspekt ist, dass einige Sektoren, die abgebaut werden müssen, im Moment noch sehr wichtig sind (Gas, Öl, einige Arten von Lebensmitteln) und Güter verkaufen, die ziemlich unelastisch sind. Es wird daher wichtig, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit jeder Mensch weiterhin Zugang zu seinen Grundbedürfnissen hat. Es ist zu erwarten, dass einige Unternehmen, die zu einem schrumpfenden Sektor gehören, aggressive Strategien anwenden werden, um ihr Geschäft am Laufen zu halten (indem sie versuchen, die Löhne zu drücken usw.). Es ist daher wichtig, die Taktiken solcher Unternehmen streng zu kontrollieren.

## Andere Unterschiede (Eigenfinanzierung und Ersparnisse)

Nachdem wir die Grundzüge und einige mögliche Variationen unseres alternativen Modells beschrieben haben, gehen wir nun noch einige andere, konkretere Punkte an, bei denen die Meinungen auseinanderlaufen. Eine offene Frage bleibt, ob die Unternehmen die Möglichkeit haben sollten, sich selbst zu finanzieren oder nicht. In einigen Vorschlägen ist es den Unternehmen nicht gestattet, **ihre Gewinne zur Eigenfinanzierung ihrer Aktivitäten** zu verwenden (Borrits, 2018). Sie finanzieren sich nur durch Gelder von externen Institutionen, also die oben beschriebenen lokalen Banken oder Fonds. Nur diese Banken können auf der Grundlage des demokratischen Wahlergebnisses entscheiden, wem sie Geld leihen wollen. Der Gewinn des Unternehmens (d. h. das Geld, das nach allen notwendigen Zahlungen noch zur Verfügung steht) kann von den Arbeitnehmer:innen zur Erhöhung ihrer Löhne verwendet werden.

Andere Autore:innen erlauben es den Unternehmen, ihre Gewinne teilweise in ihre eigenen Strukturen zu reinvestieren (Friot, 2021). Dies würde jedoch auch bedeuten, dass große, mächtige und derzeit umweltverschmutzende Unternehmen (GAFAM & Co), die viele Einnahmen generieren, wahrscheinlich viel länger im Geschäft bleiben würden. Dürften sie dagegen ihre Gewinne nicht für die Finanzierung ihrer Produktion verwenden, wären sie stärker von den demokratischen Institutionen abhängig. Im letzteren Fall wären diese Unternehmen benachteiligt, da sie negative ökologischen Auswirkungen auf Umwelt und Mensch haben. Also wäre es für sie schwieriger, ihre zerstörerischen Aktivitäten auf Dauer fortzusetzen. Andererseits haben die Unternehmen dadurch mehr Spielraum, autonomer zu sein als in einem System ohne Selbstfinanzierung. Ein System, das in der Lage wäre, zwischen großen, schädlichen Konzernen und kleinen lokalen Unternehmen zu unterscheiden, ist in dieser Hinsicht vielleicht am besten geeignet. Unternehmen, die wichtige ökologische und soziale Schäden anrichten, wäre es unmöglich, ihre Einnahmen für Investitionen in sich selbst zu verwenden, während kleinere und weniger problematische Unternehmen nicht so stark eingeschränkt würden.

Ein weiterer Unterschied besteht in der Frage der Verwendung von **Ersparnissen als Finanzierungsquelle** für die Wirtschaft. Die meisten Autor:innen berücksichtigen die Ersparnisse von Haushalten als Quelle zur Finanzierung der Wirtschaft nicht. (Ersparnisse sind Geld, das die Menschen nicht nutzen und das normalerweise auf einem Bankkonto liegt). Dies ist eine große Veränderung im Vergleich zu heute, wo die Ersparnisse der Menschen entweder von den Kontoinhaber:innen selbst oder von ihrer Bank investiert werden. Im Gegensatz dazu würde in dem alternativen Modell das Geld der Haushalte, das nicht verwendet wird, nur gelagert werden und nicht an Wert gewinnen oder verlieren. Dies bedeutet, dass es nicht möglich ist, mit den vorhandenen Ersparnissen mehr Geld anzuhäufen. Damit entfällt ein wesentlicher Faktor der Ungleichheit fördert, da viele Menschen heute durch die Rendite ihrer Sparanlagen Geld verdienen.

## Konkretes Beispiel

Eine abschließende Frage um dies zusammenzufassen und in den schweizerischen Kontext zu stellen ist: Wie könnte ab heute die Umsetzung eines Systems, welches ohne privates Kapital funktioniert aussehen und wie werden die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen demokratisch gesteuert?

Die Bürger:innen würden zum Beispiel einmal im Jahre in einer nationalen Volksabstimmung über die Verteilung der finanziellen Mittel in der Wirtschaft entscheiden: "Soll mehr Geld in den Gesundheitssektor als in den Industriesektor fließen? Soll der Sektor der fossilen Brennstoffe mehr oder weniger gefördert werden als der Sektor der erneuerbaren Energien?". Nach dem Vorschlag von Benoît Borrits, würde dann die Schweizerische Nationalbank (SNB) dieses Ergebnis in differenzierte Zinssätze umsetzen (die vor allem langzeit-Kredite betreffen und Unternehmen aus verschiedenen Sektoren unterschiedlich fest unterstützen). Diese differenzierten Zinssätze ersetzen den heutigen einheitlichen Leitzins der SNB (Als Leitzins versteht man den Zinssatz, den kommerzielle Banken respektieren müssen, wenn sie ein Darlehen von der Zentralbank bekommen). Die SNB hätte nicht genau dieselben Aufgaben wie heute: Sie müsste im Wesentlichen dafür sorgen, dass die Geschäftsbanken das Abstimmungsergebnis respektieren. Darüber hinaus würde sie auch als großer Fond fungieren, der den Geschäftsbanken Geld leiht. Diese Geschäftsbanken verleihen dann wiederum die von der Nationalbank erhaltenen Beträge an Kunden und Unternehmen.

Für die Unternehmen (die von den Arbeitnehmer:innen selbst verwaltet wären) bedeutet dies, dass sie sich zur Finanzierung ihrer Aktivitäten an eine dieser Geschäftsbanken wenden müssten (die ihrerseits keine Aktionär:innen hätte), da sie weder ihre eigenen Mittel verwenden noch privates Kapital annehmen könnten. Diese Banken könnten die heutigen Schweizer Banken ohne ihre Aktionär:innen sein und sich bei der Kreditvergabe an die differenzierten Zinssätze halten müssen, die ihnen die SNB vorgibt (die ihrerseits auf dem Wahlergebnis der Volksabstimmung abgeleitet sind). Jede derzeit tätige Bank ist vorstellbar (UBS, Raiffeisen usw.) um diese Rolle zu übernehmen, aber in einer Übergangsphase wäre es vielleicht einfacher, mit einer nicht vollständig privaten Bank (Postbank, Kantonbank) zu beginnen.

Um ihre Aktivitäten zu finanzieren, müsste ein Unternehmen einen Kredit mit einem mehr oder weniger günstigen Zinssatz aushandeln. Dieser ist abhängig vom Sektor, indem die Firma tätig ist, oder von der Art von Aktivität, die sie ausübt. Das heißt, wenn die Schweiz per Abstimmung beschließt, beispielsweise den Sektor der "kleinen und mittleren lokalen Händler" gegenüber dem der "industriellen Lebensmittelproduktion" zu bevorzugen, käme ein Unternehmen wie Nestlé mit einem viel höheren Zinssatz davon, als ein lokaler Lebensmittelladen, der sogar teilweise durch Negativzins subventioniert werden würde. In der Praxis würde dies den Preis von Produkten und Dienstleistungen, die als wichtig und ökologisch angesehen werden, wie z. B. Fahrräder oder lokale und biologische Lebensmittel, stark senken. Dieser Mechanismus würde neue Möglichkeiten schaffen, Innovationen und Arbeitsplätze in ökologischen Sektoren ermöglichen, während umweltverschmutzende Aktivitäten weniger profitabel werden würden und umweltschädliche Firmen gezwungen wären, ihre Produktion zu verkleinern oder ganz einzustellen, wenn sie sich nicht radikal umstellen.

Die Anpassung der Zinssätze müsste natürlich von den Bankern der SNB so berechnet werden, dass ein Wachstumsstopp oder sogar ein kontrolliertes und stabiles Degrowth (von ein paar Prozent pro Jahr) angestrebt wird.

Wir sind uns bewusst, dass der Übergang zu einem solchen System nicht einfach ist. Insbesondere können Kapitalisten damit drohen, ihr Kapital aus dem Land abzuziehen, wenn sie die Situation für unsicher halten. Dies könnte natürlich die Wirtschaft destabilisieren. Wir müssen uns also fragen, wie der Übergang zu einem System ohne private Investitionen erfolgen soll. Ist ein solches System jedoch erst einmal eingerichtet, wären der Druck ein "attraktiver Investitionsstandort" und das Problem der Kapitalflucht beseitigt, da die Investitionen nicht mehr von den Aktionären abhängen.

Darüber hinaus wird ein Übergang in der Praxis nicht ohne die Einstellung großer Unternehmen und die Verlagerung von Arbeitnehmer:innen von einem Sektor in einen anderen erfolgen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Unsicherheit würde auch die Meinung aller Arbeitnehmer:innen beeinflussen, die derzeit in einem nicht-ökologischen Sektor beschäftigt sind. Diese Personen wären wahrscheinlich einem Programm, wie wir es in diesem Dokument vorschlagen, nicht positiv gestimmt. Aus diesem Grund reicht es nicht aus, sich auf den Wiederaufbau des Investitionsmechanismus zu beschränken. Wie die meisten der von uns zitierten Autor:innen müssen wir über die Einführung einer «wirtschaftlichen Absicherung» für alle Bürger nachdenken, welche die oben diskutierten Veränderungen der Eigentumsverhältnisse ergänzen würde. Die Frage, wie diese Absicherung aussehen könnte, sowie die Vor- und Nachteile der einzelnen Vorschläge werden im folgenden Kapitel diskutiert.

# Kapitel 3: Arbeitsplätze und Wirtschaftsgarantie

## Was ist eine Wirtschaftsgarantie?

Wir definieren eine wirtschaftliche Garantie als eine Reihe von Maßnahmen, die es allen ermöglichen, ihre Grundbedürfnisse zu decken, und die allen die Möglichkeit geben, ein gutes und menschenwürdiges Leben zu führen.

## Warum wir unbedingt eine Wirtschaftsgarantie brauchen

Erstens brauchen wir eine Wirtschaftsgarantie, damit während den notwendigen radikalen Veränderungen, die wir im ersten Kapitel erläutert haben, das Wohlergehen aller gesichert sein kann. Wie wir gesehen haben, ist es notwendig, Eigentumsrechte und wichtige wirtschaftliche Entscheidungen zu überdenken, um eine ökologische Wirtschaft zu ermöglichen. Klar ist, dass ein disruptiver Systemwechsel, der den Wachstumsimperativ abschafft, in der Übergangsphase für große Turbulenzen sorgen wird. Die Wirtschaft neu ausrichten heißt, dass viele Arbeitsplätze eliminiert oder neu definiert werden müssen, dass Sektoren unserer Wirtschaft geschlossen werden müssen, während andere möglicherweise mehr Arbeitskräfte benötigen. Damit der Übergang jedoch erfolgreich gelingt und von der Bevölkerung unterstützt wird, müssen wir einen Weg finden, ihr Wohlergehen zu sichern. Solange Teilnahme am sozialen Geschehen noch vollständig vom Arbeitsmarkt abhängig sind, werden die Menschen keinen grundlegenden Systemwechsel befürworten und mittragen können.

Zweitens brauchen wir eine wirtschaftliche Garantie, um aus dem Wachstumsparadigma herauszukommen. Derzeit ist Arbeitslosigkeit (offiziell) der Hauptgrund, warum Politiker auf Wirtschaftswachstum drängen. Die neoklassische Wirtschaftstheorie besagt, dass die Wirtschaft wachsen muss, um die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten (Okunsches Gesetz). Um uns vom Wachstumszwang loszulösen, müssen wir also diese Beziehung zwischen Wachstum und Beschäftigung entkoppeln. Naheliegende Lösungen sind eine Form von Jobgarantie, Arbeitszeitverkürzung oder Grundeinkommen. Einige davon werden im Folgenden erläutert.

Drittens brauchen wir eine wirtschaftliche Garantie, um der Wirtschaftsdemokratie eine Chance zu geben. Eine Entscheidung im Interesse aller kann nur erfolgen, wenn der/die Einzelne nicht um seinen Lebensunterhalt<sup>7</sup> und um den seiner Familie fürchten muss. Dies ist besonders wichtig angesichts des Arguments aus Kapitel 2, dass die Wirtschaft von demokratischen Entscheidungen gelenkt werden sollte. Der Erfolg eines solchen Vorschlags, der unsere Gesellschaft in eine gerechtere und ökologischere Richtung führen könnte, wird davon abhängen, wie sehr die Menschen bereit sind ökologische Entscheidungen zu treffen. Dies wird höchstwahrscheinlich nicht eintreffen wenn die Menschen von den umweltschädlichen Berufen abhängig sind, die sie tagtäglich verrichten. Eine solche

---

<sup>7</sup> Das Existenzminimum unterscheidet sich vom Grundeinkommen, weil es von einem bestimmten sozialen Kontext abhängt.

Wirtschaftsgarantie würde es also jedem/jeder ermöglichen, unabhängig von „Überlebensdruck“ eine freie demokratische Entscheidung zu treffen, weil sein Lebensstandard immer gewährleistet wäre.

Schließlich brauchen wir eine Wirtschaftsgarantie, um Ungleichheiten abzubauen. Der Kapitalismus heutzutage geht Hand in Hand mit einem dramatischen Anstieg der Ungleichheiten in der Welt. Gegen diese zu kämpfen bedeutet, für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen, in der jeder das Recht haben sollte, würdevoll zu leben. Die Bereitstellung einer garantierten ökonomischen Sicherheit für alle stellt einen wichtigen Schritt zum Aufbau einer Basis dar, die Menschen vor Armut bewahrt und Ungleichheiten verringert.

Es existieren mehrere Vorschläge, um auf diese Notwendigkeit einzugehen. Sie alle schlagen Mechanismen vor, die Menschen weniger abhängig vom derzeitigen Arbeitsmarkt machen. Das erste Maßnahmenpaket worüber wir schreiben werden zielt darauf ab, wirtschaftliche Garantien durch die Sicherung von Arbeitsplätzen für alle zu bieten. Das zweite Maßnahmenpaket will dies erreichen, indem allen eine monatliche Geldzulage zugesichert wird. Das dritte und letzte Maßnahmenpaket zielt darauf ab, wirtschaftliche Garantien zu bieten, indem sichergestellt wird, dass die Grundbedürfnisse und Rechte aller durch den Ausbau von öffentlichen Strukturen gedeckt werden.

## Gewährung einer wirtschaftlichen Absicherung...

### ...durch gesicherte Arbeitsstellen (Jobgarantie)

Ein von mehreren Autoren vertretener Vorschlag ist die Einführung eines „Rechts auf Beschäftigung für alle“.

#### **Tchernevas Modell**

Für einige Autoren (Tcherneva, 2020) impliziert dieser Vorschlag, dass der Staat zu einem „Arbeitgeber in letzter Instanz“ wird. Es würden Arbeitsplätze in sozialen und ökologischen Bereichen geschaffen, in welchen Menschen, die ihre Arbeit in umweltschädlichen Unternehmen aufgeben mussten, die Möglichkeit hätten, eine neue Stelle zu finden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass viele Menschen neue Kompetenzen erwerben müssten, die für ihren neuen Job benötigt werden. Die Arbeitsplatzgarantie würde daher auch ein Recht auf Aus- und Weiterbildung umfassen. Die Umsetzung dieser neuen Jobs würde lokal organisiert werden.

#### **ATTAC, Fondation Copernic, Economistes Atterrés-Modell**

Für andere sollte dieses Recht lediglich in Form einer kostenlosen und garantierten Ausbildung bestehen. Während dieser Ausbildungszeit und bis sie eine neue Stelle gefunden haben, sollen Arbeitnehmer:inne ein Einkommen erhalten, das so hoch ist, wie während ihrer Beschäftigung (Les Economistes Atterrés, 2018 ; Collective, 2011). Unternehmen tragen zur Finanzierung dieser Ausbildungen finanziell bei.

Dieser Vorschlag wird oft mit einer Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Gehalt gekoppelt. Tatsächlich ist der beste Weg, um sicherzustellen, dass jeder einen Job finden kann, eine bessere Verteilung der gesamten Arbeitslast der Gesellschaft. Es ist Unsinn, dass manche Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, während andere sich überarbeiten.

### Swatons Modell

Einige Ökonom:innen finden, die Arbeiter:innen sollten mehr Unterstützung bei ihrer Neuorientierung erhalten. Lokale Übergangsgenossenschaften (Swaton, 2018) würden sich um die Begleitung der Menschen kümmern, die ihren Job wechseln möchten. Swaton schlägt ein ökologisches Übergangseinkommen vor (RTE auf Französisch). Jeder/Jede hätte das Recht auf ein solches Einkommen, wenn er oder sie sich entscheidet, für einen Job zu arbeiten, der als ökologisch oder sozial wichtig eingestuft wurde. Die Menschen würden dann in umweltfreundlichen Genossenschaften eine Stelle finden, wo sie auch ein demokratisches Mitspracherecht im Unternehmen hätten. Swaton kritisiert die Projekte, die darauf abzielen, einfach allen ein Einkommen zu verschaffen, ohne über die ökologischen Auswirkungen einer solchen Politik nachzudenken. Sie betont daher die Bedeutung von einer Begleitung der Arbeiter:innen und Schulungen zu ökologischen Fragen und Herausforderungen.

### Das wirtschaftliche Garantiemodell von Borrits

Eine weitere Variante einer wirtschaftlichen Absicherung ist das „sozialisierte Mindestgehalt“ (Borrits, 2018). In diesem Vorschlag setzt sich das Einkommen, das jegliche:r Arbeitnehmer:in erhalten würde, aus einem versicherten Teil (dem sozialisierten Mindestlohn) und einem variablen Teil zusammen, der von der wirtschaftlichen Leistung, d.h. der Tätigkeit der Person, abhängt. Dieses Mindesteinkommen würde durch die Abgabe eines Prozentansatzes der Profite aller Unternehmen finanziert. Einen Teil ihrer Einnahmen würde also in einen gemeinsamen Topf umgeleitet und als Mindestlohn an alle Arbeiter:innen in der Gesellschaft ausgezahlt werden. Das eingenommene Geld würde also direkt zu jedem/jeder aktiven Arbeiter:in in der Wirtschaft fließen. Es wäre also kein großer Kostenfaktor für die Unternehmen, da sie selbst vom Mindesteinkommen profitieren würden, um einen Teil des Gehalts ihrer Mitarbeiter zu zahlen. Unternehmen, die hauptsächlich Menschen (statt Maschinen) beschäftigen, würden durch diesen Vorschlag besonders entlastet, während Unternehmen, die viel Umsatz machen, aber relativ wenige Mitarbeiter haben, proportional weniger Geld erhalten würden (meistens Unternehmen, die auf Technologie setzen wie Apple, Airbnb, Spotify usw.). Dies würde Unternehmen hoffentlich **davon abhalten, Arbeiter zu entlassen und durch Maschinen zu ersetzen**, und könnte sogar die Gründung neuer Unternehmen fördern, da sie jedem/jeder Mitarbeiter:in von Anfang an ein Mindestgehalt zahlen könnten. Die Arbeitslosigkeit würde sinken und könnte auch wieder mit einer Arbeitszeitverkürzung gekoppelt werden. Mit diesem Vorschlag können wir also auch wieder etwas wie Vollbeschäftigung erreichen.

Borrits Vorschlag will auch, dass Arbeitslose weiterhin Sozialleistungen erhalten. Generell sprechen sich viele Vorschläge für eine Arbeitsplatzgarantie dafür aus, den Zugang zu Sozialleistungen beispielsweise durch eine automatische Auszahlung an Arbeitslose zu erleichtern, damit diese nicht die vielen Hürden einer komplexen Bürokratie bewältigen müssen. Derzeit müssen sich Menschen, die Leistungen benötigen und verdienen, durch

Formulare, Anträge, Vorsorgeuntersuchungen und viele sonstige Hürden kämpfen, die dazu führen, dass diese Menschen, die Leistungen nicht bekommen, weil sie den Prozess entweder nicht verstehen oder dessen überdrüssig sind.

Schlussendlich zielt der Vorschlag von Borrits darauf ab, **die Arbeitnehmer:innen von der Notwendigkeit zu befreien, den Output ihrer Arbeit zu maximieren, während aber ein gewisser monetärer Anreiz zum Arbeiten erhalten bleibt**. Der Vorschlag lässt bewusst Raum für eine demokratische Entscheidung über die Höhe des sozialisierten Mindestlohns. Idealerweise sollte der Mindestlohn mindestens so hoch sein, dass er jedem/jeder Arbeiter:in ein menschenwürdiges Leben sichert. Benoit Borrits argumentiert, dass dies im Kontext einer Wirtschaft ohne private Investitionen wirtschaftsbedingte Risiken und Unsicherheiten abfedern würde.

Heutzutage machen die Eigentümer eines Unternehmens einen Umsatz, der vollständig von der Leistung des Unternehmens abhängt. Das Unternehmen muss zuerst die Kredite zurückzahlen, die Gehälter begleichen usw., bevor die Aktionär:innen ihre Dividenden bekommen. Werden die Eigentümer:innen entfernt, müssen die Arbeiter:innen die Folgen der wirtschaftlichen Schwankungen alleine tragen. Das sozialisierte Mindestgehalt stellt sicher, dass jeder/jede Arbeitnehmer:in einen festen Teil seines Einkommens erhält, der durch die Einnahmen *aller* Unternehmen in der gesamten Wirtschaft bereitgestellt wird. Dies garantiert den Arbeitnehmer:innen eine große Einkommens Stabilität, auch in Zeiten in denen es ihrem Unternehmen vielleicht nicht gerade gut geht. .

...durch ein garantiertes Einkommen

### Universelles Grundeinkommen (UBI)

Ein weiterer berühmter Vorschlag ist das universelle Grundeinkommen. Ein universelles Grundeinkommen (UBI) ist ein **festes Einkommen, das regelmäßig an alle Menschen ausgezahlt wird, und an keine Bedingungen geknüpft ist**.

Nach Ansicht der Befürworter:innen hätte die Einführung eines solchen Einkommens viele positive Auswirkungen auf die Gesellschaft. Das UBI sichert nicht nur den Lebensunterhalt für alle, sondern gibt den Menschen die Freiheit, nach einer sinnvollen Arbeit zu suchen, bei der sie Leistung und Anerkennung finden (van Parijs, 2000). Es gibt Menschen die Möglichkeit, Jobs abzulehnen, die sie nicht wollen, und kann daher auch einen Umstrukturierungseffekt auf die Wirtschaft haben. Unangenehme Jobs werden wahrscheinlich mit einem Arbeitskräftemangel konfrontiert werden, was zu zwei möglichen Ergebnissen führen wird: Entweder ist der Job wichtig genug, dass es eine ausreichende Gehaltserhöhung geben wird, oder der Job ist nicht wichtig genug und wird verschwinden (Mylondo, 2018; Schachtschneider, 2014).

Einige Autoren fügen hinzu, dass ein obligatorischer Zivildienst (der einige Jahre dauern könnte) eingeführt werden könnte, um sicherzustellen, dass alle wichtigen Aufgaben in der Gesellschaft, die niemand freiwillig erledigen möchte, von allen gleichermaßen erledigt werden (Gorz, 1997; Lordon, 2021). Auch macht das UBI den Sozialstaat weniger bürokratisch (Friedman, 1964), was bedeutet, dass weniger Geld in den Staatsapparat fließt

und direkt an die Bedürftigen geht. Die vielen Schwierigkeiten, denen sich Menschen stellen müssen, um soziale Leistungen zu erhalten, wurden bereits oben erwähnt.

Zur **Finanzierung** des Grundeinkommens gibt es verschiedene Vorschläge, beispielsweise eine CO<sub>2</sub>-Steuer, eine Steuer auf Finanztransaktionen oder eine Steuer auf höhere Einkommen. Alle diese Vorschläge haben das gleiche Problem: Sie funktionieren nur in einem System, in dem zu viel Kohlenstoff emittiert wird, in dem noch privates Kapital vorhanden ist, in dem Ungleichheiten bestehen bleiben. Sie machen im gegenwärtigen System nur kurzfristig Sinn. Alternativ könnte das UBI also durch einen allgemeinen Beitrag jedes Unternehmens in Form einer progressiven Steuer auf seine Einnahmen finanziert werden (Friot, 2012; Borrits, 2018, 2020). Es ist erwähnenswert, dass einige Autoren das Problem der Einkommensungleichheit ansprechen, und sich für die Einführung einer Einkommensobergrenze einsetzen, damit niemand mehr als das Vierfache des Gehalts anderer verdient<sup>8</sup> (Liegey, Madeleine, Ondet und Vieillot, 2013; Mylondo).

Es gibt eine Reihe von **Debatten zwischen den Befürwortern des UBI und der Jobgarantie**. Befürworter der Jobgarantie betonen die **Bedeutung der Arbeit** für eine soziale Eingliederung und Lebensqualität. Für sie ist es daher von entscheidender Bedeutung, allen den Zugang zu einem Arbeitsplatz zu garantieren und eine Vollbeschäftigungswirtschaft zu erreichen. Befürworter des UBI argumentieren, dass auch viele unbezahlte Tätigkeiten wichtig sind, zB Kinderbetreuung, Nachbarschaftshilfe etc., aber im Moment unbezahlt bleiben.

Ein UBI würde es den Menschen ermöglichen, viel mehr Zeit in solche autonomen und kooperativen Aktivitäten zu investieren. Kritiker argumentieren jedoch, dass ein UBI eine Form der „**kalten Solidarität**“ darstellt, bei der Menschen ohne Arbeit oder soziale Zugehörigkeit nur ein Einkommen erhalten, aber keine wirkliche Möglichkeit, sich in die Gesellschaft zu integrieren (Swaton, 2018).

Einige Kritiker des Grundeinkommens warnen, dass eine solche Politik den Arbeitgeber:innen einfach erlauben würde, **die Arbeitsbelastung zu erhöhen und die Löhne zu senken**. Dies wäre weniger ein Problem in einer Gesellschaft, in der die Arbeitnehmer:innen in ihren Unternehmen ein Entscheidungsrecht haben, wie wir dies in Kapitel 2 vorgeschlagen haben.

In Bezug auf die Frage der Finanzierbarkeit kritisieren einige Ökonome:innen die Möglichkeit, jedem/jeder unabhängig von seiner Tätigkeit ein Einkommen zu sichern: Um wirtschaftliche Outputs, also auch Geld, teilen zu können, müssen wir sicherstellen, dass sie tatsächlich vorhanden sind und produziert werden (Les Economistes Atterrés, 2018). Es muss genügend Mehrwert geschaffen werden, um ihn monetär zu verteilen. Man kann davon ausgehen, dass diese Kritik voraussetzt, dass in einem System mit UBI nicht mehr genügend Waren und Dienstleistungen produziert werden würden, um ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten und genügend Geld an alle zu verteilen.

Schlussendlich wollen wir dieser Debatte hinzufügen, dass UBI und Jobgarantie sich nicht ausschließen. Es ist durchaus denkbar, beides zu implementieren.

---

<sup>8</sup> Studien haben ergeben, dass reiche Menschen einen viel größeren Einfluss auf die Umwelt haben (Kempf Hervé, Kommentar les riches détruisent la planète, et autre). Ungleichheiten verstärken zudem umweltschädliche Lebensstile und schaffen Wünsche, die nicht verallgemeinert werden können.

...durch eine Abdeckung von Grundbedürfnissen und Grundrechten

### Universelle Grundversorgung

Die Idee der Universal Basic Services (UBS) (Coote und Percy, 2020) wurde als Gegenentwurf zu der oben diskutierten Idee eines universellen Grundeinkommens vorgebracht. UBS-Unterstützer argumentieren, dass wir, um ein gutes Leben für alle zu gewährleisten, davon wegkommen müssen, alles mit einem Preisschild zu versehen und alle möglichen Probleme (einschließlich sozialer und ökologischer Art) mit Geld lösen zu wollen. Anstatt allen Menschen ein garantiertes monatliches Einkommen zu gewährleisten, wollen sie eher **durch eine Verstärkung und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen für eine wirtschaftliche Absicherung sorgen**. UBS-Angebote umfassen in der Regel die Gewährleistung von Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Zugang zu Recht und Rechtsdiensten, Demokratie, Unterkunft, Ernährung, Transport und Informationen.

Diese Dienste würden jedoch nicht in allen Ländern oder Regionen auf die gleiche Weise im Voraus festgelegt und implementiert werden. Ein Schlüsselaspekt in diesem Konzept ist die **demokratische Beratung darüber, worin die Bedürfnisse und Rechte bestehen** und wie sie abgesichert werden sollten. Es könnte also zum Beispiel eine nationale oder regionale Abstimmung darüber geben, welche Dienstleistungen/Bedürfnisse wir allen kostenlos zur Verfügung stellen sollen. Dann würden die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse auf lokale Ebene übertragen und durch bestehende Genossenschaften oder sozial orientierte Unternehmen organisiert und gewährleistet werden. Die Rolle des Staates würde weiterhin darin bestehen, jedem lokalen Kontext die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit der Bedarf gedeckt werden kann, ohne dass der Staat der eigentliche konkrete Anbieter dieser Dienste wäre. Beispielsweise könnte man landesweit über den freien Zugang zu Notunterkünften und juristischer Unterstützung abstimmen. Auf kommunaler Ebene würde entschieden, wie diese Dienste organisiert werden sollten. Das könnte zum Beispiel durch die Unterstützung und Gründung von mehr lokalen Wohnungsbaugenossenschaften geschehen, die sicherstellen würden, dass jeder, der eine Unterkunft benötigt, eine bekommen kann. In Bezug auf juristische Beratung könnte auf kommunaler Ebene entschieden werden, dass Anwälte in der Gemeinde direkt Mittel aus dem UBS-Budget erhalten, wenn sie Dienstleistungen erbringen, die den Kriterien „kostenlose juristische Unterstützung von UBS“ (festgelegt durch den nationalen Beschluss) entsprechen.

Die Idee der universellen Grundversorgung ist lediglich eine Erweiterung des bestehenden Konzepts öffentlicher Dienstleistungen, für das Gewerkschaften und andere Bewegungen sehr lange gekämpft haben. Der Hauptunterschied liegt darin, dass eine spezifische demokratischen Abstimmung die UBS begleitet, bei der über diese Bedürfnisse und Rechte und deren Umfang entschieden wird.

...durch eine Kombination der verschiedenen Varianten

Die oben vorgestellten Ideen schließen sich nicht alle aus. Man könnte sich vorstellen, durch eine Kombination mehrerer Vorschläge jedem/jeder in der Gesellschaft eine wirtschaftliche Absicherung bieten. Die Befürworter von UBS beispielsweise sind sich darüber im Klaren, dass ihr Vorschlag nützlich ist, um ein starkes und stabiles Sicherheitsnetz zu schaffen. Wenn wir jedoch mehr individuelle Freiheiten integrieren wollen, könnte dieses soziale Netz beispielsweise mit einer Jobgarantie kombiniert werden, bei der die Menschen ihr Einkommen frei für das ausgeben können, was ihnen wichtig ist.

Ein weiterer Vorschlag, der **Autonomiezulage** genannt wird (Liegey et al., 2013), illustriert zum Beispiel, wie eine Kombination dieser verschiedenen Vorschläge aussehen könnte. Ähnlich wie bei der UBS definieren die Autor:innen zunächst eine Liste von Rechten, die sicherstellen soll, dass alle Personen menschenwürdig leben dürfen (zum Beispiel durch eine nationale Abstimmung). Dann überlegen die Bürger:innen, welche Maßnahmen für welches Recht am besten geeignet sind. Zum Beispiel könnte Wohnraum am besten durch öffentliche Dienste gesichert werden, während der kostenfreie Zugang zu Nahrungsmitteln besser durch eine monatliche Zulage in lokaler Währung garantiert werden könnte, damit die Menschen individuelle Entscheidungen über den Lebensmittelkonsum treffen können.

Um dieses Kapitel zusammenzufassen gibt es drei Arten von Vorschlägen für eine wirtschaftliche Absicherung: eine Jobgarantie, eine Art Bedingungsloses Grundeinkommen und die Einführung einer universeller Grundversorgung. Es gibt verschiedene Varianten mit je einem anderen Schwerpunkt, doch grundsätzlich verfolgen sie alle das gleiche Ziel. Die wesentliche Gemeinsamkeit dieser Vorschläge ist im Grunde, dass sie den Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Dadurch sind die Menschen nicht **mehr so abhängig von ihren aktuellen Jobs**, denn im Falle einer Kündigung müssten sie nicht mehr befürchten, sozial ausgegrenzt zu werden oder auf die Arbeitslosenversicherung angewiesen zu sein, um über die Runden zu kommen.

## Konkretes Beispiel

Stellen wir uns vor, die Schweiz stimmt über das in Kraft setzen einer wirtschaftlichen Absicherung durch eine Kombination aus universeller Grundversorgung (UBS) und Jobgarantie ab.

Zunächst, um die UBS genauer zu definieren, würde eine nationale Abstimmung organisiert werden, um als Land zu entscheiden, welche Grundbedürfnisse wir öffentlich decken möchten. Stellen wir uns vor, dass das Volk schlussendlich unter anderem entschieden hat, dass das UBS Wohnungen und Transport beinhalten sollte. Auf der Ebene der Städte/Kantone werden dann demokratische Debatten organisiert, um zu entscheiden, wie diese Dienste koordiniert werden könnten. Zum Beispiel könnte beschlossen werden, die Entwicklung von mehr Wohnungsbaugenossenschaften in der Stadt/ dem Kanton zu unterstützen und dass jeder/jede, der/die eine Wohnung benötigt, sich an diesen Genossenschaften beteiligen könnte. In Folge dessen werden alle ungenutzten Gebäude in Wohnungsbaugenossenschaften verwandelt. Durch die Volksabstimmung wird der öffentliche Verkehr in der ganzen Schweiz für alle kostenlos, aber lokale Institutionen könnten immer noch entscheiden, in welche Form des öffentlichen Nahverkehrs sie investieren wollen.

Die Annahme bei der Volksabstimmung der Jobgarantie heisst, dass jeder im Land einen Job bekommen kann, wenn er will. Stellen wir uns eine Bernerin vor, die gerade ihren früheren Job als Technikerin beim Zementkonzern Holcim verloren hat, weil das Unternehmen geschlossen wurde. Obwohl ihre Grundbedürfnisse weiterhin durch die UBS abgedeckt sind (kostenloser Transport, Gesundheitsversorgung, Unterkunft usw.), möchte sie bestimmte Lebensmittel konsumieren oder Freizeit- oder Sportaktivitäten ausüben, die zur Finanzierung ein zusätzliches Gehalt benötigen und möchte deshalb einen neuen Job suchen. Sie suchte lange nach einem Job in der Privatwirtschaft, wurde aber von den meisten Angeboten, die zu ihren Fähigkeiten passen und ihren Vorstellungen entsprachen, abgelehnt. Sie beschloss deshalb, zur lokalen Job-Garantie-Organisation zu gehen (umgesetzt durch das oben beschriebene Modell von Tcherneva), wo sie und die Mitarbeiter des Job-Garantie-Organisation gemeinsam darüber entscheiden was für einen, für die Gesellschaft nützlichen Job die Bernerin ausüben könnte, der ihren Fähigkeiten entspricht. In Anbetracht ihrer früheren Tätigkeit bei Holcim als Technikerin wird sie als Technikerin in einem lokalen öffentlichen Transportunternehmen halbtags angestellt und im Rahmen des Job-Garantie-Programms direkt von der Schweizer Regierung bezahlt.

## Schlusswort

In diesem Beitrag haben wir versucht aufzuzeigen, warum wir aus ökologischer Sicht einen Systemwechsel brauchen und wie dieser aussehen könnte. Da unbegrenztes Wirtschaftswachstum sehr schädlich für unsere Umwelt und grünes Wachstum höchst unwahrscheinlich ist, müssen wir zu einer Wirtschaft wechseln, die in der Lage ist, mit dieser Wachstumslogik zu brechen. Im derzeitigen Wirtschaftssystem ist dies nicht möglich. Wir haben im ersten Kapitel erläutert, welche Mechanismen die Wirtschaft kontinuierlich in Richtung Wachstum und Umweltzerstörung treiben. Viele dieser Mechanismen werden im Finanzsektor generiert und sind mit Machtverhältnissen in Politik und Wirtschaft verknüpft. Wir halten es für unverantwortlich, weiterhin einige reiche Menschen<sup>9</sup> und profitorientierten Unternehmen über die Zukunft der Menschheit entscheiden zu lassen.

Um diese Probleme zu lösen, konzentrierten wir uns einerseits auf die **Demokratisierung der Wirtschaft und insbesondere auf eine Veränderung des Investitionsprozesses. Um sicherzustellen, dass der demokratische Prozess nicht vom Überlebenskampf des Einzelnen dominiert wird, haben wir auch verschiedene Formen der wirtschaftlichen Absicherung eingeführt.** Diese beiden Säulen zusammen ermöglichen es, dass die demokratischen Entscheidungen, die die Wirtschaft steuern, durch Faktoren wie die Umwelt, nicht materielles Wohlergehen und von Werten wie Solidarität beeinflusst werden.

Allerdings haben wir mit diesem Dokument nur an der Oberfläche gekratzt. Um unsere derzeitige Wirtschaft tatsächlich so zu verändern und eine ökologische Gesellschaft zu schaffen, reichen die von uns vorgestellten Modelle nicht aus. Unsere Gesellschaft ist durchdrungen von Werten und Normen, die mit materiellem Wohlstand, Statussymbolen und „Hustle Culture“ verbunden sind. Bildung ist oft auf wirtschaftliche Produktivität und eine hohe Arbeitsteilung ausgerichtet. Außerdem sind mehrere unserer Einrichtungen direkt vom Wachstum abhängig (z.B. das Rentensystem).

Neben der Entkopplung unserer Institutionen vom Wachstum gibt es viele weitere Notwendigkeiten und Möglichkeiten, auf eine ökologische Ökonomie hinzuarbeiten. Wir brauchen ein Umdenken, Wertschätzung von immateriellen Dingen wie Freizeit, Gemeinschaft, Natur und Zufriedenheit. Wir müssen Parallelstrukturen aufbauen, die Bedürfnisse unabhängig von Wachstum und umweltschädlichen Strukturen befriedigen. Das können Gemeinschaftsbauernhöfe/-gärten, Lebensmittelgenossenschaften, soziale Wohnungsbaugenossenschaften, lokale Pflegenetzwerke, Sharing-Initiativen, Repair-Cafés und viele mehr sein. Wir erreichen eine wirklich ökologische Gesellschaft nur, wenn wir einen viel umfassenderen Kampf führen und uns nicht ausschließlich auf die Wirtschaft konzentrieren. Dazu braucht es auch politische, kulturelle und gesellschaftliche Veränderungen. Nur so können wir einen Wandel hin zu einer umweltfreundlichen, sozialeren, gesünderen und glücklicheren Gesellschaft erreichen.

---

<sup>9</sup> Tatsächlich sind die meisten von ihnen Männer.

Dieses zusammenfassende Dokument gibt einen Einblick in eine mögliche Zukunft und ihre grundlegenden wirtschaftlichen Mechanismen. Wir sind überzeugt, dass wir für Maßnahmen kämpfen müssen, welche die von uns beschriebenen Kernprobleme tatsächlich lösen. Es ist eine Aufforderung, uns nicht mit den neoliberalen Lösungen, die uns derzeit angeboten werden, zufrieden zu geben, sondern echte Alternativen einzufordern.

# Bibliographie

Albert Michael & Hahnel Robin, *Realizing Hope : Life Beyond Capitalism*, Zed Press, 2006.

Andréani Tony, *Le socialisme est (à)venir*, Édition Syllepse, 2001.

Bihoux Philippe, *L'Âge des low-tech : Vers une civilisation techniquement soutenable*, Paris, [Seuil](#), coll. « Anthropocène », 2014

Borrits Benoît, *Au-delà de la propriété: pour une économie des communs*, Paris, La Découverte, 2018.

Borrits Benoît, *Virer les actionnaires. Pourquoi et comment s'en passer?*, Syllepse, 2020.

Bourg Dominique, Salerno Gabriel, *Les scénarios de la durabilité*, Bookbon, 2014.

Collectif, *Pour le droit à l'emploi*, Paris, Édition Syllepse, 2011.

Coutrot Thomas, *Jalons vers un monde possible*, Lormont, Le Bord de l'eau, 2010.

BP statistical review of world energy 2020: les chiffres clés de l'énergie dans le monde, connaissances des énergies, 17.06.2020. Found at : <https://www.connaissancedesenergies.org/les-chiffres-cles-de-lenergie-dans-le-monde-en-2019-200617>

Collectif : Harribey Jean-Marie ; Marty Christiane ; Eydoux Anne ; Fondation Copernic (France) ; Économistes atterrés (Paris), *Faut-il un revenu universel?*, Ivry-sur-Seine : Ed. de l'atelier, 2017.

Collectif Les Economistes Atterrés, Jean-Marie Harribey, Esther Jeffers, Jonathan Marie, Dominique Plihon, et al.. *La Monnaie. Un enjeu politique*. Le Seuil 240 p., 2018, 978-2-7578-7053. (halshs-01774828)

Coote, Anna, and Andrew Percy. *The case for universal basic services*. John Wiley & Sons, 2020.

Devine Pat, *Democracy and economic planning*, Cambridge : Polity Press ; Boulder, Colorado : Westview Press, 1988.

Devine Pat, « Participatory planning through negotiated coordination », *Science and society*, Vol. 66, n°1, Spring, 2002

Elson Diane, "Socialiser les Marchés, Démocratiser l'Économie" on <https://secession.fr/>.

Elson Diane, « Market socialism or socialization of the market », *New Left Review*, I/172, nov-dec 1988

European Environmental Bureau. 2019. Decoupling debunked - Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability

Federici Silvia, *Re-enchanting the world : feminism and the politics of the commons*, Oakland, California : PM Press ; Toronto : Between the lines, 2019.

Friedman, M., 1964. *Poverty: A Direct Approach*.

Friot Bernard, *L'enjeu du salaire*, Paris, La Dispute, 2012

Friot Bernard and Lordon Frédéric, *En travail. Discussion sur le communisme*, Paris, La Dispute, 2021

Gorz André, *Misère du présent, richesse du possible*, Paris, Galilée, 1997.

Inter-American Development Bank, *Assessment of participatory budgeting in Brazil*, Washington D.C., April 2005, found at : <https://publications.iadb.org/publications/english/document/Assessment-of-Participatory-Budgeting-in-Brazil.pdf>

Inter-American Development Bank, *Assessment of participatory budgeting in Brazil*, Washington D.C., April 2005, found at : <https://publications.iadb.org/publications/english/document/Assessment-of-Participatory-Budgeting-in-Brazil.pdf>

Jancovici Jean-Marc, *L'économie peut-elle décroître*, juillet 2014 : [L'économie peut-elle décroître ? – Jean-Marc Jancovici](#)

Khalfa Pierre, *Questions sur la planification*, Les Possibles, n°22, 2020.

Locher Fabien, *L'océan en communs. Épuisement des ressources, appropriations et communautés*, in *Annales des Mines*, n°92, 2018. <https://www.cairn.info/revue-responsabilite-et-environnement-2018-4-page-10.htm>

Lordon Frédéric, *Figure du communisme*, Paris, La fabrique, 2021

Lordon Frédéric, *Fermer la finance, Série la pompe à phynance*, 2020 : <https://blog.mondediplo.net/fermer-la-finance>

Losmann, C., *Oeconomia Dokumentation, Sat3*, 2020. Found at : <https://www.3sat.de/film/dokumentarfilmzeit/oeconomia-100.html>

Vincent Liegey, Stéphane Madelaine, Christophe Ondet et Anne-Isabelle Veillot, *Un projet de décroissance – Manifeste pour une Dotation Inconditionnelle d'Autonomie*, Paris, Editions Utopia, 2013

Malm Andreas, *Fossil Capital: The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming* Londres, Verso, 2016

Mandel Ernest, *In Defense of Socialist Planning*, *New Left Review*, No.159, September-October 1986, pp.5-37.

Mylondo Baptiste, *Pour un revenu sans condition: garantir l'accès aux biens et services essentiels*, Paris, Utopia, 2018.

Ostrom Elinor, *Nested externalities and polycentric institutions: must we wait for global solutions to climate change before taking actions at other scales?* On : [https://www.jstor.org/stable/41408716?seq=1#metadata\\_info\\_tab\\_contents](https://www.jstor.org/stable/41408716?seq=1#metadata_info_tab_contents)

Parrique Timothée, *Decoupling debunked, Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*, 2019. [Decoupling-Debunked.pdf \(eeb.org\)](#)

Pitron Guillaume, *La guerre des métaux rares. La face cachée de la transition énergétique et numérique*, Les liens qui libèrent, Paris, 2018

Phillips, L., Rozworski, M., 2019. *The people's republic of Walmart how the world's biggest corporations are laying the foundation for socialism*, Jacobin series. Verso, London.

Richters, O., Siemoneit, A., *Growth imperatives: Substantiating a contested concept*, Structural Change and Economic Dynamics, Volume 51, 2019, p. 126-137, ISSN 0954-349X, <https://doi.org/10.1016/j.strueco.2019.07.012>.

Samary Catherine, « Mandel et les problèmes de la transition au socialisme », in Achcar, *Le marxisme d'Ernest Mandel*, Collection Actuel Marx Confrontation, PUF, 1999

Schachtschneider, U., 2014. *Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit: mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle*. oekom verlag, München.

Schweickhard David, *After capitalism*, Rowman & Littlefield Publishers, 2002.

Schweickhard David, "Economic Democracy. A worthy socialism that would really work.", 1992

Seurot François, *Le système économique de l'URSS*, Paris, Presses universitaires de France, 1989.

Swaton Sophie, *Pour un revenu de transition*, Paris, PUF, 2018.

Tanuro Daniel, *Trop tard pour être pessimistes! Ecosocialisme ou effondrement*, éditions Textuel, Conti, 2020.

Tcherneva R. Pavlina, *The Case for a Job Guarantee*, Cambridge, Polity Press, 2020.

van Parijs, P., 2000. A Basic Income for All [WWW Document]. URL <http://bostonreview.net/archives/BR25.5/vanparijs.html> (accessed 5.7.20).

Varoufakis Yanis, *Another Now. Dispatches from an Alternative Present*, Vintage, 2021

William F. Lamb, Michael Grubb, Francesca Diluiso & Jan C. Minx (2022) Countries with sustained greenhouse gas emissions reductions: an analysis of trends and progress by sector, *Climate Policy*, 22:1, 1-17, DOI: [10.1080/14693062.2021.1990831](https://doi.org/10.1080/14693062.2021.1990831)

Young Kevin, Schwartz Michael, Banerjee Tarun, *When Capitalists Go on Strike*, 2017, on [When Capitalists Go on Strike \(jacobinmag.com\)](https://www.jacobinmag.com/2017/07/when-capitalists-go-on-strike/)

<https://www.climateforesight.eu/global-policy/carbon-budget/>

<https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/figures/relative-decoupling-of-resource-use-and-economic-growth-in-the-eu-15>